

Und in zwei Jahren? 2

STOP!

Stoppt den Krieg. 4

Aufruf zu antimilitaristischen Aktionen
gegen den Krieg in Jugoslawien

STOP NATO!

Bomben auf das Völkerrecht. 5

Michael Geistlinger über die
inflagrante Verletzung des Völkerrechts

STOP USA!

„Irrational und rachsüchtig“ 9

Noam Chomsky über die Motive der USA

STOP WAR!

Briefe aus Budapest 11

von Bojan Aleksov / Frauen in Schwarz

STOP MEDIA!

Bombardements und Medienkrieg 13

Spomenka Latic über serbische und westliche Propaganda

FORWARD STOP!

Für eine neue Friedensbewegung 15

Jan Myrdal über Konsequenzen aus dem Krieg

SAVE MEMORY

Durchs historische Kurdistan 17

Kayoumars Shahasvary über
die Geschichte des kurdischen Volkes, Teil I

RESET

Nationalismus, Emanzipation und Öcalan 21

Stephan Grigat zur Frage: Solidarität mit Öcalan?

UNEXPECTED SYSTEM ERROR

Gesellschaftliches Marodieren 26

Ungeordnete Mosaiksteine eines Zerfalls, von Franz Schandl

Kein Mensch ist illegal 32

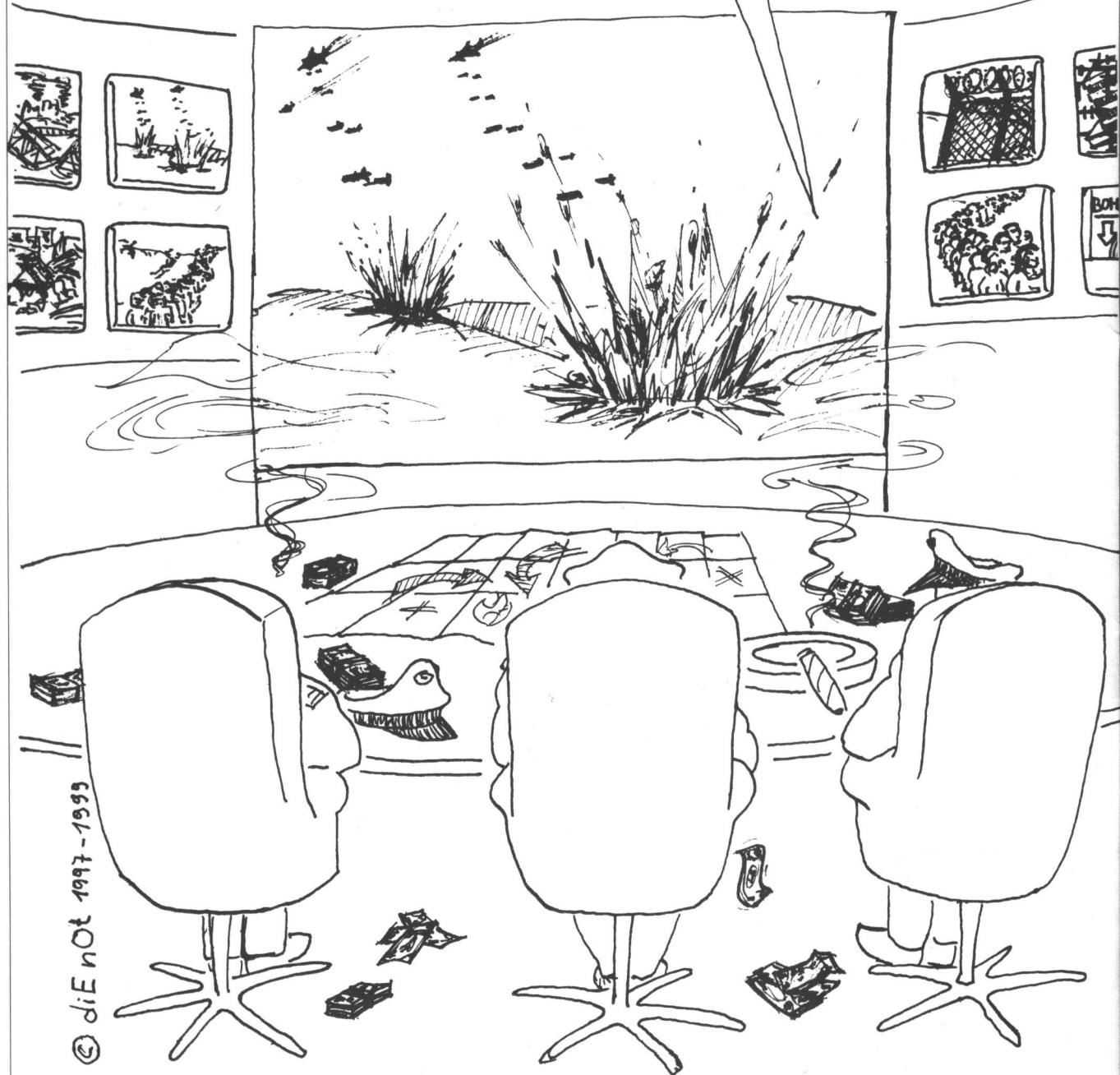
DELIVERY & PAYMENT DEPT.

ZOOM-Abo- und Einzelbestellungen 33

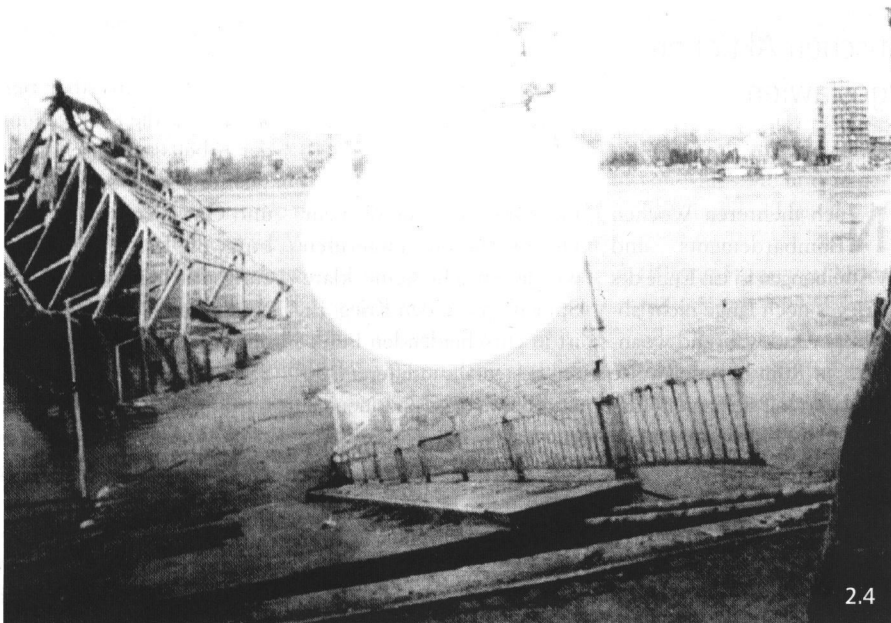
T-Shirts „Kein Mensch ist illegal“ u.a.

Impressum 3

ALS NÄCHSTES
ZÜNDEN WIR
BULGARIEN☒
KOSOVO.....☒
MAKEDONIEN.....☒
RUMÄNIEN.....☒
DEN REST DER WELT ☒
AN !



Liebe Leserin, lieber Leser!



2.4

Die NATO bombt sich in Jugoslawien gerade den Weg frei in eine neue Weltordnung. Dabei spielen die Medien, wie schon bei den vergangenen "friedensschaffenden" Einsätzen eine bedeutende, den Krieg unterstützende Rolle. Die Bombardierung eines Flüchtlingsstrecks durch die NATO wurde bis heute noch nicht vollständig zugegeben und zumindest in Österreich wurde auch nicht allzu intensiv nachgefragt. Die Opfer unter der serbischen Bevölkerung werden, wo sie so offensichtlich werden, daß sie nicht einfach unerwähnt bleiben können, mit dem zynischen Verweis gerechtfertigt, daß ein Krieg eben Opfer bringe und außerdem die "Serben" noch größere Greueltaten begangen.

Es ist erschreckend, wie viele Intellektuelle sich in die Kriegslogik hineinziehen lassen und mit zumindest schwammigen, als Duldung

der NATO-Angriffe interpretierbaren Stellungnahmen in der Öffentlichkeit auftreten. Wir wollen in dieser Nummer als Schwerpunkt die in den Berichten zu kurz gekommene Seite des Krieges beleuchten. Michael Geistlinger geht in seinem Artikel auf die Vorgeschichte und die Ziele dieses Krieges ein und zeigt deutlich den Völkerrechtsbruch auf, den diese Aktion der NATO darstellt. In der Folge bringen wir einige Briefe und Stellungnahmen, die uns aus Jugoslawien, bzw. von geflohenen Serben aus Ungarn erreichten, sowie Kommentare von Noam Chomsky und Jan Myrdal.

Der zweite Teil dieses Heftes ist dem Konflikt in Kurdistan gewidmet. Die KurdInnen werden vom NATO-Mitglied Türkei schon seit Jahrzehnten in einer Weise verfolgt, die der Verfolgung der Kosov@-AlbanerInnen in keiner Weise nachsteht, was nochmals ein kri-

stisches Licht auf die behauptete Kriegsnotwendigkeit im Kosovo wirft. Kayoumars Shahasvary gibt einen historischen Überblick über die Entwicklung des kurdischen Volkes. In der nächsten Nummer folgt ein Artikel über die heutige Situation. Mehr theoretisch nähert sich Stephan Grigat anhand der Frage, ob eine Solidarität mit Abdulla Öcalan möglich ist, dem Spannungsverhältnis zwischen Nationalismus und Emazipation.

Wie eine Gesellschaft, die an die Grenzen ihrer Entwicklung stößt, mit oder ohne Bomben ihre zerstörerische Energie freisetzt, ist das Thema des letzten, von Franz Schandl verfaßten Beitrags.

Abschließend noch der Hinweis auf den beiliegenden Aufruf und die verschiedenen, auch von der Arge WDV mitorganisierten Antikriegsaktivitäten (siehe nächste Seite).

DIE ZOOM-REDAKTION



Zeitschrift der
Arbeitsgemeinschaft für
Wehrdienstverweigerung,
Gewaltfreiheit und
Flüchtlingsbetreuung
(Medieninhaberin,
Herausgeberin)

Schottengasse 3A/1/59,
A-1010 Wien,
Tel. ++43-1-535 11 06,
Fax: ++43-1-532 74 16,
E-mail: zoom@thing.at
Web: zoom.mediaweb.at

Redaktion: Beatrix Beneder, Ludwig Csépai, diE nOt, Manfred Gmeiner, Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Markus Pinter, Peter Steyrer und Robert Zöchling **AutorInnen dieser Ausgabe:** Bojan Aleksov, Noam Chomsky, Michael Geistlinger, Stephan Grigat, Spomenka Lazic, Jan Myrdal, Franz Schandl, Kayoumars Shahasvary **Titelgraphik:** diE nOt **Layout:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Telefon 535 11 06, Telefax 532 74 16 **Hersteller:** resch & vana, Lichtgasse 10, 1150 Wien **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten. **Mitgliedschaft Arge WDV:** 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. ZOOM-Abo). **Konto:** 10010 670 573 bei BA-WAG, BLZ 14000 Die ZOOM ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften. **Offenlegung:** Eigentümerin zu 100%: Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung (= Unternehmensgegenstand), Adresse wie oben angegeben, **Vorstand:** Rosi Krenn, David Schwarz, Tanja Windbüchler, Irene Messinger. **Grundlegende Richtung:** **Themenschwerpunkte der ZOOM** sind Gewalt- und Herrschaftskritik, insbesondere die kritische Analyse militärischer und polizeilicher Apparate sowie der Politik der EU.

Stoppt den Krieg!

Aufruf zu antimilitaristischen Aktionen
gegen den Krieg in Jugoslawien

MARKUS KEMMERLING
& CHRISTIAN MOKRICKY

FÜR DIE ARBEITSGEMEIN-
SCHAFT FÜR WEHR-
DIENSTVERWEIGERUNG,
GEWALTFREIHEIT UND
FLÜCHTLINGSBETREUUNG

Hinweis:
Informationen zu Aktionen
gegen den Krieg (insbe-
sondere in Wien) unter
Telefon 01-535 91 09,
Fax: 01-532 74 16,
arge.wdv@blackbox.at.

Zur Zeit finden koordinieren-
de Treffen jeden Montag
um 20 Uhr in 1010 Wien,
Schottengasse 3a/1/4/59
statt.

Kundgebungen:
jeden Dienstag 16–19 Uhr
Mariahilferstraße/Neu-
baugasse

Mahnwachen:
jeden Freitag 15.30–16.30
Mariahilferstraße/Virgin
Megastore sowie in Inns-
bruck, Linz und Salzburg

Plakate und Flugblätter
sind über die Arge WDV
erhältlich.

Nach mehreren Wochen Bombardements und Vertreibungen ist ein Ende des Krieges noch lange nicht absehbar. Und während woanders, in Rom beispielsweise (und dort mit sichtbarem Einfluß auf die Position der Regierung), Zehntausende auf die Straßen gehen, um aus einer klaren antimilitaristischen Position heraus zu protestieren, regt sich in Österreich kaum Widerstand gegen den Krieg an sich. Die Medien wie auch die täglichen Demonstrationen in der Wiener Innenstadt lassen uns nur die Wahl zwischen Freund und Feind, zwischen Aggressor und Völkermörder, zwischen Albaner und Serbe.

Deswegen hat die Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung auch keine der bisherigen Demonstrationen unterstützt. Wo unter der jugoslawischen oder der Flagge der UCK, wo unter den Amselfeld-Mythos beschwörenden Transparen Nationalismus und Haß geschürt werden, reihen wir uns nicht ein – auch dann nicht, wenn es gegen die NATO geht. Daher beteiligten wir uns auch nicht an der Demonstration am 13. März. Wir anerkennen das Bemühen der Friedensbewegung, die nationalistischen Forderungen zugunsten von solchen für einen Frieden in Kosov@ und Serbien zurückzudrängen. Doch der ge-

meinsame Text, mit dem zur Demonstration aufgerufen wurde, spricht keine klare Sprache gegen den Krieg. Er ist in entscheidenden Punkten bestenfalls indifferent. So findet etwa die Opposition gegen das Regime in Serbien, die im Zuge dieses Krieges ebenfalls zerschlagen wird, keine Erwähnung. Wir akzeptieren keine falsche Alternative, keine ethnische, keine, die der Gewalt und dem Morden weiter Vorschub leistet. Und wir denken, daß wir nicht alleine damit dastehen, daß es viele sind und angesichts des täglich deutlicher werdenden Wahnsinns immer mehr, die diesen Krieg ablehnen. Der Krieg bringt die Stimmen der Vernunft zum Schweigen. So absehbar dieser Krieg seit Monaten war, so fassungslos waren viele von uns, als die Bomben tatsächlich fielen und die Vertreibungen ihr jetziges Ausmaß annahmen. Wir denken, daß es spät, sehr spät, aber niemals zu spät ist, daß sich auch in Wien und vielleicht in österreichweiter Koordination die Menschen zusammenfinden, die diesen so wie jeden Krieg ablehnen und nicht länger bereit sind, die Bilder des Schreckens widerspruchslos zu konsumieren. Wir denken, daß es höchst an der Zeit ist, daß auch hierzulande sich KriegsgegnerInnen artikulieren und Gehör finden – auf der Straße, in den Zeitungen, in Radio und Fernsehen.

Auch wenn sich mittlerweile die ersten Stimmen gegen den Krieg erheben, so wurden doch die wenigen antimilitaristischen Stellungnahmen und Aktionen bislang kaum wahrgenommen. Hoffnung macht uns aber beispielsweise die Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit in Salzburg, die breite Unterstützung und zumindest lokal medialen Widerhall gefunden hat. Das Friedensbüro Salzburg und der Versöhnungsbund haben die Idee aufgegriffen und wollen in nächster Zeit regelmäßig Mahnwachen veranstalten.

Wir möchten daher alle Interessierten, Einzelpersonen wie Gruppen, einladen, mit uns als KriegsgegnerInnen aktiv zu werden. Wir streben keine klassische Plattform an, sondern wollen all jene ansprechen, die jenseits der oben erwähnten falschen Alternative gegen diesen Krieg aktiv werden wollen. Jeden Montag trifft sich um 20 Uhr im Büro in der Schottengasse eine Gruppe von interessierten, um konkrete Aktionen vorzubereiten. Bereits geplant sind Mahnwachen, Plakate und Inserate. Als Grundlage für diese Aktivitäten dient (nach Rücksprache mit dem Autor) der von Gerhard Ruiss (IG AutorInnen) verfaßte Aufruf „Kein Krieg ist gerecht“ (siehe Beilage). Dieser Text scheint uns sehr brauchbar: Er ist eine klare Stellungnahme gegen den Krieg, vermeidet jede positive Bezugnahme auf Nation und Staat, behauptet nicht, eine Lösung für den Krieg am Balkan zu kennen, fordert eine Einbindung Rußlands, ... Er scheint uns daher auch als Minimalkonsens für Aktionen gegen diesen Krieg geeignet.

NATO – Anarchie

Bomben auf das Völkerrecht

Es ist ein beliebtes Ritual der Politik und vieler Medien, rechtswissenschaftliche Lehrmeinungen gegeneinander auszuspielen, um sich nach Belieben Legitimation des Handelns beziehungsweise seiner veröffentlichten Anschauung bei dieser oder jener Lehrmeinung zu besorgen, im Kern im eigenen Wirken aber frei und ungebunden zu bleiben. Auch die Außenpolitik und die betreffende Berichterstattung bedienen sich dieses Mittels gegenüber dem Völkerrecht und seiner Wissenschaft und dies nicht nur, aber eben auch in Österreich. Die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg über mag dieses Ritual mehr oder weniger unschädlich gewesen sein. In einer Frage, in der drei ständige Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ihre Unfähigkeit und Unwilligkeit, zu einem Konsens im Sicherheitsrat zu gelangen, mit dem Mittel der Entfaltung eines nicht vom UN-Sicherheitsrat gedeckten Krieges kompensierten, den die beiden anderen vetoberechtigten Mitglieder als „verbrecherische Verletzung des Völkerrechts“ qualifizieren, scheint es für den Völkerrechtler hoch an der Zeit, dem politischen Mißbrauch seiner Person und seines Wissens einen Riegel vorzuschieben.

Zum einen wird sich auch ein Völkerrechtswissenschaftler physisch einem Dritten Weltkrieg nicht entziehen können. Dieses Gespenst des Dritten Weltkrieges steht aber nach wie vor hinter ei-

ner NATO-Entscheidung zu jedweder Verschärfung ihrer derzeitigen militärischen Kampfhandlungen, vor allem aber zum Einsatz von Bodentruppen, und hinter einem Scheitern der derzeitigen russischen Friedensinitiative. Daß sich diese Gefahr entgegen ihrer Wahrnehmung in den österreichischen und westlichen wie östlichen Medien fortschreitend verdichtet, anstelle verringert, ergibt sich zwangsläufig aus einer Grunderfahrung internationaler Diplomatie, die eben eine politische Lösung fundamental von einer militärischen unterscheidet. Die Lösung der Diplomatie liegt im Kompromiß der Standpunkte beider Seiten, ohne daß eine davon ihr Gesicht verliert. Die Logik des Krieges inkludiert demgegenüber Sieg und Niederlage, sie erlaubt keine andere Wahrung des Gesichtes mehr, als zu siegen. Ihre Lösung besteht im Zwang zur Kapitulation, ihr Übergang zur Politik nach der Kapitulation besteht im Diktat des Siegers. Im Vergleich zur Ausgangslage von Rambouillet hat der Versuch einer militärischen Lösung der Kosovo-Frage die Positionen beider Beteiligten weiter auseinandergeführt und die Chance, die Grundvoraussetzung einer diplomatischen Lösung, nämlich ohne Gesichtsverlust einen Kompromiß zu erzielen, für beide Seiten entscheidend verringert. Für jeden Friedensvermittler stellt sich heute bereits ein Grundproblem,

das es vor dem Beginn der Bombardements nicht gegeben hat: Wie kann sichergestellt werden, daß die militärischen Kampfhandlungen zumindest unterbrochen, wenn nicht beendet werden, ohne daß eine der beiden Seiten das Gesicht verliert? Erst dann hat man in formaler, aber immer noch nicht in materieller Hinsicht den Gesprächsstand erreicht, der in Rambouillet gegeben war.

Aber schon Rambouillet, das sich nachträglich nicht als Versuch einer politischen Lösung, die irgendeinem souveränen Staat auf der Erde zugemutet werden hätte können, sondern als die Formulierung eines politischen Kriegszieles herausstellt, machte deutlich, daß es in diesem Krieg längst nicht um die Bundesrepublik Jugoslawien allein, geschweige denn um eine humanitäre Frage geht, sondern auf die Absteckung der neuen Interessenssphäre von NATO, USA und Europäischer Union auf dem Balkan gegenüber demjenigen der Russischen Föderation und ihrer Verbündeten gezielt wird, in deren Arme jeder souveräne Staat auf dem Balkan, der sich dem Primat von NATO, USA und/oder Europäischer Union nicht unterwirft, früher oder später zwangsläufig getrieben wird. Dieses eigentliche Ziel der Abgrenzung von Interessenssphären mit der zwangsläufigen Folge eines Wiedererstehens einer politischen Trennlinie quer durch Europa und einer Wie-

NATO-Bombardements auf Jugoslawien stellen einen inflagranten Bruch des Völkerrechts dar und können völkerrechtlich nicht gerechtfertigt werden.

VON MICHAEL
GEISTLINGER*

*) Michael Geistlinger ist Assistenzprofessor am Institut für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht an der Universität Salzburg.

deraufnahme der Rüstungspirale verdeutlichen insbesondere diejenigen Bestimmungen des Interimsabkommens für Frieden und Selbstregierung für Kosovo vom 23. Februar 1999, allgemein Abkommen von Rambouillet genannt, die das Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien außerhalb des Kosovo betreffen. Sie finden sich im Kapitel VII und umfassen die Errichtung einer 25 km gegenseitigen Sicherheitszone in der Bundesrepublik Jugoslawien außerhalb des Kosovo, die wie der Luftraum von Kosovo für jugoslawischen Flugverkehr gesperrt und der NATO Kontrolle unterstellt wird (Art X), und die Verpflichtung, die in Annex B zu Kapitel VII umschriebene Rechtsstellung der NATO geführten Multi-National Military Implementation Force zu akzeptieren. Abgesehen von den üblichen Privilegien und Immunitäten für NATO-Personal umfassen diese gemäß Ziffer 8 dieses Annexes den freien und ungehinderten Zugang zum gesamten Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien, eingeschlossen Luftraum und Küstenmeer, für NATO-Personal, einschließlich seiner Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge und Ausrüstung. Ziffer 15 begründet eine analoge Verpflichtung hinsichtlich des Kommunikationsnetzes und -raumes. Ziffer 21 räumt der NATO ein nur mit dem Verweis auf die Befugnisse aus diesem Kapitel spezifiziertes Festnahmerecht bezüglich Individualpersonen ein. Was den Kosovo selbst anbelangt, so lassen sich die betreffenden Bestimmungen des Interimsabkommens in völkerrechtlicher Hinsicht nicht treffender charakterisieren als die Errichtung eines unter NATO-Führung gestellten internatio-

naln Protektorates mit bloß noch formaler Zuordnung zur Bundesrepublik Jugoslawien. Das gesamte Abkommen, insbesondere aber die genannten Bestimmungen des Kapitels VII, reizen daher die Konsensgrenze einer – wenn auch wirtschaftlich extrem geschwächten – Russischen Föderation bis zum äußersten aus. Sie ist gefordert, einen Staat, mit dem sie weit mehr als über Religion, Panslawismus und frühere Staatsideologie durch gemeinsame strategische Interessen und Interessen betreffend die zukünftige Regelung des nach dem Zusammenbruch des ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion nach wie vor völkerrechtlich ungeklärten Donau-regimes verbunden ist, der unmittelbaren und auch physischen NATO-Kontrolle zu überantworten. Ihr Einfluß auf diese NATO-Kontrolle bewegt sich in rechtlich kaum mehr und politisch nicht sichtbaren Grenzen.

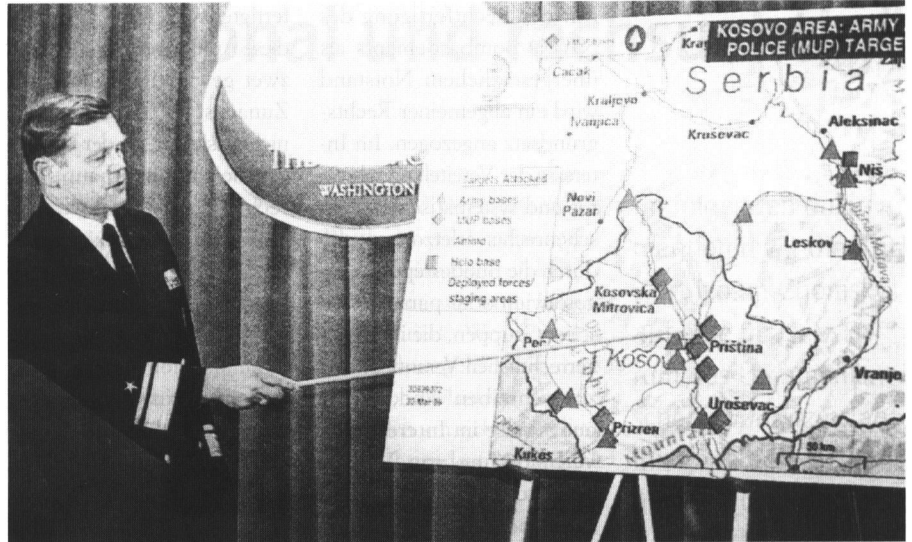
Zum anderen gilt es für Völkerrechtswissenschaftler, sich aus dem gegebenen Anlaß in einem besonderen Maße dem Mißbrauch durch die Politik entgegen zu stellen und sich ausschließlich einer wechselseitigen Qualitätskontrolle der eigenen wissenschaftlichen Argumente zu unterziehen, zumal der Angriff der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien unter Außerachtlassung des VII. Kapitels der UN-Satzung an die Substanz des eigenen Faches, die Verfassung der Weltgemeinschaft rührt. Verstoßen drei der ständigen Sicherheitsratsmitglieder unter Zuhilfenahme eines kollektiven Militärbündnisses gegen die UN-Satzung, ist dies nicht ein Fall von Rechtsverletzung, der sich in eine Reihe mit den vielen stellen läßt, die so wie im innerstaatlichen

Recht auch auf der völkerrechtlichen Ebene über die Geschichte hinweg zu beobachten sind. Sie alle waren nicht in der Lage, das Recht selbst in seinem Bestand zu erschüttern. Nunmehr aber geht es um den Versuch einer revolutionären Änderung der Verfassung der Weltgemeinschaft mit allen Konsequenzen revolutionärer Verfassungsänderung, die zunächst einmal in Anarchie und Rechtsnihilismus liegen. So gesehen unternimmt die NATO, das Völkerrecht in die Zeit vor Entstehung der Satzung der Vereinten Nationen zu bomben. Was selbst den Gegensatz zwischen klassischem und sozialistischem Völkerrecht, den Kalten Krieg, die nukleare Abschreckung und fundamentale Friedensbedrohungen wie die Kubakrise überdecken und rechtlich bewältigen helfen konnte, wird nun auf das Spiel gesetzt: die zentrale juristische Messlatte für staatliches Verhalten auf universeller Ebene. Völkerrecht als Garant internationaler Sicherheit vor allem von Kleinstaaten wird in seinen Grundfesten erschüttert. Die rechtliche Vertrauenswürdigkeit, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit aller Staaten, die die Bundesrepublik Jugoslawien militärisch attackieren, auf internationaler Ebene ist nicht mehr gegeben. Für jeden außerhalb dieser Staaten erhebt sich eine neue Grundfrage: Was, wenn das bestehende universelle Völkerrecht entfällt, schützt gegen diese Staaten, schützt gegen die NATO?

Beurteilt man vor diesem Hintergrund die Argumente von Völkerrechtlern zur Vorgangsweise der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, beschränkt man sich dabei auf die Stimmen, die in und rund um Österreich zu

vernehmen waren und läßt man die Problematik einer völkerrechtlichen Zulässigkeit der Aktion nach NATO-Recht außer Betracht, so ist nur eine Position ersichtlich, die meint, daß keine Verletzung der UN-Satzung vorliegt (Köck). Nach dieser Auffassung übt die NATO berechtigterweise kollektive Selbstverteidigung gemäß Art 51 UN-Satzung zugunsten der „albanischen Kosovaren“. Bei allen anderen Völkerrechtlern, die zu Gehör kamen, scheint außer Zweifel zu stehen, daß die NATO durch die Nichtteinbindung des UN-Sicherheitsrates die Satzung der Vereinten Nationen, insbesondere das VII. Kapitel verletzt hat. Den Stimmen, die diese Verletzung für nicht gerechtfertigt halten (ausdrücklich vor allem Rotter, dem Geistlinger beiträgt; abgemildert: zB Simma: untauglicher Versuch der Rechtfertigung als „Art humanitärer Notstand“, aber insgesamt dennoch „läßliche Sünde“), steht eine Argumentationslinie gegenüber, nach der der Rechtfertigungsgrund übergesetzlichen Notstandes vorliegt (zB Matscher).

Wendet man sich zunächst der Argumentationslinie der kollektiven Selbstverteidigung auf der Grundlage von Art 51 UN-Satzung zu, so ist diese Bestimmung als Kodifikation eines naturgegebenen Selbstverteidigungsrechtes extrem eng und außerordentlich präzise formuliert. Art 51 UN-Satzung verlangt als Voraussetzung individueller oder kollektiver Selbsthilfe den „bewaffneten Angriff gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen“. Selbst wenn man die Auffassung vertritt, es gebe neben Art 51 UN-Satzung ein völkergewohnheitsrechtliches Selbstverteidigungsrecht auch von Nichtmitgliedern der Ver-



einten Nationen, wogegen der eindeutige Wortlaut von Art 51 UN-Satzung spricht, bleibt dieses Staaten vorbehalten. Bei den „albanischen Kosovaren“ handelt es sich um kein Mitglied der Vereinten Nationen und auch um keinen Staat im völkerrechtlichen Sinn. Mit dem Ende der Sowjetunion und sowjetisch dominierter sozialistischer Staatsideologie sind auch jene Stimmen in der sowjetisch gestützten früher sogenannten sozialistischen Völkerrechtslehre weitgehend verstummt, die vertreten haben, daß ein individuelles beziehungsweise kollektives Selbstverteidigungsrecht auch Völkern im Kampf um ihre Unabhängigkeit zukomme. Dies war freilich auf die Entkolonialisierung gemünzt. Die im früheren und offenbar neu wiederentstehenden Westen dominante klassische Völkerrechtslehre hat die Völkerrechtssubjektivität von Völkern, wenn überhaupt, so auf die Trägerschaft in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker reduziert. So gesehen, erscheint paradox, daß im Hegemonialbereich der NATO heute eine Argumentationslinie auftaucht, die der früheren Sowjetunion alle Ehre bereitet hätte. Gerade um-

gekehrt zur beschriebenen Argumentationskette, steht auf Grund von Art 51 UN-Satzung der Bundesrepublik Jugoslawien das Recht zu, sich individuell oder kollektiv gegen den bewaffneten Angriff durch die NATO zur Wehr zu setzen, „bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat“. Der Sicherheitsrat ist damit aufgrund von Art 51 UN-Satzung gegen die NATO und deren Aggression zu handeln aufgerufen. Für die Interpretation jeder völkervertraglichen Bestimmung und daher auch der UN-Satzung stellt ein klarer und eindeutiger Wortlaut eine absolute Interpretationsgrenze dar. Was die Linie von Köck daher unternimmt, ist nicht Interpretation einer Rechtsnorm, sondern freie Rechtsschöpfung. Eine solche obliegt der Politik und entzieht sich der Kompetenz der Völkerrechtswissenschaft. Art 51 ist nicht Ausdruck eines vorbehaltenen Gewaltmonopols der Staaten im Falle einer Paralisierung des UN-Sicherheitsrates, sondern soll einzelstaatliche Gewalt selbst im Verteidigungsfalle höchstmöglich ausschalten.

2.17

Alle Fotos in dieser Ausgabe stammen aus der Serie

NOTO KOSOWAR

von CHRISTIAN HELBOCK

Bisher liegen zwei Filme vor – die Numerierung der Bilder bezeichnet Film und Nummer des Negativs.

Die Arbeit untersucht Bilder des Krieges, wie sie in deutschsprachigen Printmedien gezeigt werden.

Mit der Rechtfertigung des NATO-Bombardements als übergesetzlichem Notstand wird ein allgemeiner Rechtsgrundsatz angezogen. Im Interesse der Vereitelung schwerer und systematischer Menschenrechtsverletzungen durch die Bundesrepublik Jugoslawien oder paramilitärischer Gruppen, die ihrer völkerrechtlichen Verantwortung zuzuschreiben sind, beziehungsweise im Interesse der Verhinderung von Völkermord, schwerer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit habe die NATO angesichts einer drohenden Blockade des UN-Sicherheitsrates das VII. Kapitel der UN-Satzung gerech-

fertigterweise verletzt. Gegen diese Argumentation sprechen zwei gewichtige Einwände. Zunächst ist nach wie vor nicht gesichert, ob der UN-Sicherheitsrat überhaupt berechtigt wäre, militärische Maßnahmen zur Bekämpfung qualifizierter Menschenrechtsverletzungen anzuordnen. Dies kann nämlich nur dann angenommen werden, wenn man in qualifizierten Menschenrechtsverletzungen eine Bedrohung oder einen Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung gemäß Art 39 UN-Satzung sehen kann. Als praktische Beispiele für die Zulässigkeit einer solchen Sichtweise werden üblicherweise Rhodesien, Somalia,

Bosnien-Herzegowina oder Rwanda genannt, die allerdings – hält man sich an den Wortlaut der betreffenden Resolutionen – nur zu begrenzt allgemeinen Aussagen berechtigen. Die bislang zu beobachtenden praktischen Erfahrungen raten zu Vorsicht. Sie erbrachten gerade an den Beispielen Somalias und Bosnien-Herzegowinas eine Tendenz, die resolutionsgemäßen Ermächtigungen zu überschreiten, und haben vor allem in Somalia geradezu in ein humanitäres Desaster geführt. Die Jugoslawien-Aktion der NATO unterstreicht die kontraproduktive humanitäre Wirkung nach außen hin als humanitär begründeter militärischer Maßnahmen nachdrücklich.

Das gewichtigere Gegenargument folgt allerdings aus dem für die Staatenverantwortlichkeit maßgeblichen Völkergewohnheitsrecht. Dieses befindet sich im Augenblick im Prozeß der Kodifizierung durch die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen. Der betreffende von der Völkerrechtskommission auf ihrer 32. Sitzung als Artikel 33 angenommene Tatbestand schließt Notstand als Rechtfertigung zur Verletzung einer Norm zwingenden Völkerrechts (ius cogens), aber auch eines völkerrechtlichen Vertrages, der explizit oder implizit die Geltendmachung von Notstand in bezug auf die verletzte Verpflichtung ausschließt, aus. Soweit ersichtlich, wurden in der völkerrechtlichen Lehre keine Einwände dagegen erhoben, daß die Völkerrechtskommission die bezüglich sich an den Stand des bestehenden Völkergewohnheitsrechts hält. Beide Hinderungsgründe kommen im Falle der Verletzung des Gewaltanwendungsverbotes



ZEITUNG FÜR POLITISCHE ÖKOLOGIE

Nr. 10 – April / Mai 1999

Die NATO und das Drama um Kosovo/a: Stoppt den Krieg! / Mit Beiträgen von Noam Chomsky, Kai Frithjof Jacobsen, Slavoj Žižek, Johan Galtung

Europa und die Kurden / Indonesien: ein Staat zerbricht /
Das Menetekel der Europäischen Kommission / Das geplante Verkehrschaos /
Bioethik / Politische Bildung mit Paul Braunsteiner

Vor der Europawahl: Grüne zwischen Haider-Polarisierung und rot-grüner Realpolitik

Nr. 9 – Konrad Lorenz und die „wertfreie Wissenschaft“ / Zivile Strategien zur Konfliktlösung /
Wie nachhaltig ist Bio? / Die Tragödie des irakischen Volkes / Im Schatten des Euro

Nr. 8 – Das rot-grüne Experiment / Menschenrechte und Demokratie / Mexiko + USA /
Superstaat Europa / Grüne KandidatInnen / Poster

☐ Ich interessiere mich für **planet**, die Zeitung der Grünen Bildungswerkstatt.
Bitte schickt mir eine kostenlose und unverbindliche Probenummer.

☐ Ich möchte auch frühere **planet**-Ausgaben

☐ Nr. 10

☐ Nr. 9

☐ Nr. 8

NAME

ADRESSE

PLZ

ORT

Einsenden an: **planet**-Redaktion, Grüne Bildungswerkstatt, Lindengasse 40, 1070 Wien

durch die NATO zum Tragen. Zum einen handelt es sich beim Verbot eines bewaffneten Angriffes gegen einen Staat um ein Paradebeispiel einer Norm des *ius cogens*, das die Völkerrechtskommission im übrigen in ihrem Kommentar ausdrücklich erwähnt. Unter Berufung auf die Aggressionsdefinition der Generalversammlung der Vereinten Nationen hat die Völkerrechtskommission die Verletzung des Gewaltanwendungsverbotes unter Berufung auf Notstand ausdrücklich für nicht rechtfertigbar bezeichnet. Zum anderen sind die Bedingungen des VII. Kapitels der UN-Satzung als präzise formulierte Ausnahme zum Gewaltanwendungsverbot die Umstände selbst, die Notstand in bezug auf dieses Verbot zur ideellen Grundlage haben. Es liegt damit auch ein Vertrag vor, der in bezug auf Gewaltanwendungsverbot und das VII. Kapitel eine Geltendmachung von darüber hinausreichendem Notstand implizit ausschließt.

Die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen hat in der auf ihren 25. – 29. Sitzungen als Art 19 Abs 2 lit a ihres Entwurfes zur Staatenverantwortlichkeit angenommenen Bestimmung Aggression als internationales Verbrechen eingestuft. Die Qualifikation des NATO-Bombardements als „verbrecherische Verletzung des Völkerrechtes“ durch die Russische Föderation und die Volksrepublik China bewertet den von der NATO geschaffenen Sachverhalt daher korrekt. Nicht nur die Verhinderung eines Dritten Weltkrieges, sondern auch die Wahrung des Völkerrechtes vor ungerechtfertigten Übergriffen durch die NATO hängen damit an diesen beiden Staaten.

„Irrational und rachsüchtig“

Frage: *Inwieweit hängt die Anwendung militärischer Gewalt durch die USA mit dem Öl im kaspischen Meer, der Sorge über die zu Ende gehenden Ölreserven, der Unsicherheit über Rußland und sein früheres Reich, der Bedrohung westlicher Interessen durch die Ausweitung des Balkankonflikts, dem Wunsch nach Erhöhung des Verteidigungshaushalts oder vielleicht anderen Faktoren zusammen – angesichts der Tatsache, daß die vorgeschobenen humanitären Beweggründe „dubios“ erscheinen?*

Chomsky: „Dubios“ ist jedenfalls verniedlichend. Wenn ein Mafia-Capo der lokalen Niederlassung der Mord GmbH gegenüber Kindern Freundlichkeit zeigt, sind die humanitären Beweggründe noch nicht einmal „dubios“ – und dies wird sogar noch eher so sein, wenn er seine humanitären Beweggründe dadurch zeigt, daß er dem Kind ins Gesicht tritt. Wir können das als pure Scheinheiligkeit beiseite lassen.

Aus meines Sicht plausibler ist, was Clinton, Blair, usw. von Anfang gesagt haben. Es ist notwendig, die „Glaubwürdigkeit“ der NATO sicherzustellen. Aber diese Phrase muß aus dem Newspeak übersetzt werden.

Die USA kümmern sich nicht um die Glaubwürdigkeit Italiens oder der Niederlande, sondern die der

USA (und ihres britischen Bluthundes). Und was bedeutet „Glaubwürdigkeit“?

Kehren wir zum Mafia-Capo zurück. Wenn jemand kein Schutzgeld zahlt, muß der Capo „Glaubwürdigkeit“ herstellen um sicherzustellen, daß nicht andere auf dumme Gedanken kommen und Befehle mißachten. Was Clinton et al. sagen, ist also, daß es notwendig ist sicherzustellen, daß jeder die gebührende Furcht vor der Weltmacht hat. Ich denke, es ist auch wichtig, sich des strategischen Dokuments „Essentials of Post-Cold War Deterrence“ (Grundzüge der Abschreckung nach Ende des kalten Krieges)² der Clinton-Administration zu erinnern, den ich in einem Artikel über „Schurkenstaaten“ im Z-Magazin vor einem Jahr zitiert habe und das Steve Shalom neulich in größerer Ausführlichkeit behandelt hat. In diesem wird als „Teil der nationalen Identität gegenüber allen Widersachern“ befürwortet, daß sich die USA als „irrational und rachsüchtig“ präsentieren, „wenn ihre vitalen Interessen attackiert werden“: „Es schadet, uns selbst als allzu rational und kühlen

Im folgenden dokumentieren wir die Antwort Noam Chomskys auf eine im Netz-Forum des US-amerikanischen Z-Magazins an ihn gerichteten Frage über die Gründe für den US/NATO-Krieg gegen Jugoslawien, die unserer Auffassung nach einige interessante Hinweise enthält.¹

1 <http://www.lbbs.org/ZMag/chomreplieskos.htm>. Das Z-Magazin hat eine eigene Website eingerichtet (<http://www.lbbs.org/ZNETTOPnoanimation.html>), auf welcher sich eine Reihe von interessanten Stellungnahmen zum Krieg gegen Jugoslawien findet. Dieser haben wir auch Jan Myrdals Beitrag „Für eine neue Friedensbewegung“ entnommen (siehe Seite 15). Die Übersetzung einer ausführlichen Stellungnahme von Chomsky, „The current Bombings: Behind the Rhetoric“, ist in Nr. 10 von planet, der Zeitschrift der Grünen Bildungswerkstatt, abgedruckt.

2 <http://www.nautilus.org/nnnnet/references/essentials95.txt> bzw. [essentials95.pdf](http://www.nautilus.org/nnnnet/references/essentials95.pdf).



2.22

Kopfes darzustellen“ – und ganz bestimmt, uns den Vertragsverpflichtungen und Bestimmungen der internationalen Rechtsordnung zu unterwerfen. „Die Tatsache, daß manche Elemente [der US-Regierung] als möglicherweise ‚out of control‘ erscheinen, kann von Nutzen sein, um Ängste und Zweifel in den Köpfen der gegnerischen Entscheidungsträger zu erzeugen und wiederzubeleben.“

Das macht Sinn für eine Schurken-Supermacht, die praktisch das Gewaltmonopol innehat. Die „humanitäre Verbrämung“ wurde von gewalttätigen Staaten die ganze Geschichte hindurch benutzt. Hätten wir Aufzeichnungen, stellten wir vermutlich fest, daß dies sogar auf Dschingis Khan zutraf. Es traf sicherlich auf die Kreuzfahrer zu, die eine schreckliche Spur an Tod und Vernichtung zurückließen. Tatsächlich findet sich die einzige Ausnahme, die ich kenne, in der Bibel, die von offenen Aufrufen zum Genozid ohne vorgeschobene Motive berichtet – die karthagische Lösung.

Dahinter steht der ent-

schiedenen Anschlag der USA gegen jede Institution der internationalen Rechtsordnung: gegen die UNO, gegen den internationalen Gerichtshof und sogar gegen die Welthandelsorganisation, wenn sie aus dem Ruder läuft. Das geht bereits 40 Jahre so, aus Gründen, die sehr klar zu erklären sind und – unter der Bedingung echter Meinungsfreiheit – in jeder Schule des Landes gelehrt würden und in jeder Zeitung und Zeitschrift Schlagzeilen machten: Sie halten sich nicht an unsere Befehle, deshalb könnten wir den Einfluß auf sie verlieren. Deswegen haben die USA in diesem Fall ihre zögernden NATO-Verbündeten genötigt, sogar eine „Ermächtigung“ der UNO zurückzuweisen.

Eine sehr wichtige Meldung sickerte in den letzten Absätzen eines Artikels auf den hinteren Seiten der *New York Times* vom 8. April durch, verfaßt von ihrem Belgrader Korrespondenten Steven Erlanger, der einen guten Ruf genießt. Vielleicht das wichtigste Stückchen Information über das, was passiert. Er schreibt, daß „un-

mittelbar vor den Bombardements das serbische Parlament zwar die NATO-Truppen im Kosovo abgelehnt, aber den Vorschlag einer UNO-Truppe zur Beobachtung einer politischen Lösung des Konflikts unterstützt hat.“ Wenn Erlangers Bericht der Wahrheit entspricht, ist er ein dramatischer Beleg für die Intentionen der USA: Ähnlich der Bombardierung des Irak im Dezember handelt es sich um eine schamlose Attacke auf die Institutionen der internationalen Rechtsordnung. Hinsichtlich des Einsatzes einer UNO statt einer NATO-Truppe befände sich das serbische Parlament im Recht, und nicht Washington. Wenn der Bericht der Wahrheit entspricht, löst sich das letzte Fitzelchen Legitimität der US/NATO-Operation in Luft auf. Ich hatte einen solchen Bericht bislang nicht gesehen, andere vielleicht schon. Es wäre jedenfalls am Tag vor dem Beginn der Bombardements eine Schlagzeile wert gewesen, und nicht einen versteckten Hinweis zwei Wochen später – obwohl das besser ist als gar nichts.

Es würde mich sehr interessieren, ob andere über ähnliche Berichte gestolpert sind.

Die anderen Faktoren, die sie erwähnen, könnten stimmen, aber ich denke, sie sind zweitrangig. Die US/NATO-Operation verschlimmert die meisten Probleme. Die Erhöhung des Verteidigungshaushalts ist kein Wert für sich allein. Die Erhöhung, die dieser Episode folgen wird, ist für das Pentagon und den weiten Sektor der „privaten“ Ökonomie, deren Forschung und Entwicklung von diesem abhängig sind, großteils nutzlos.

ÜBERSETZUNG: MK, VN

Briefe aus Budapest

6. April 1999

Tausende von Leuten aus Serbien sind bereits nach Ungarn gekommen, auch einige unserer Freunde. Frauen, Kinder, Ältere und einige Männer, die vor der Intervention kamen. Die Grenze wurde vor zwei Wochen für alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren geschlossen. Der Umfang der Mobilisierung in Serbien ist ohne Beispiel und viele meiner Freunde waren unter denjenigen, die kürzlich einberufen wurden. Es scheint keinen Ausweg zu geben. Jeder Einberufungsbefehl gilt als zugestellt, ob die Person zu Hause ist oder nicht. Für diejenigen, die der Einberufung nicht nachkommen, werden Militärgerichte eingerichtet. Alle Strafandrohungen wurden erhöht, und einige Quellen berichten, daß die Todesstrafe wieder eingeführt wurde. Die meisten Leute kommen den Einberufungen nach, was man verstehen kann, wenn man die Umstände des totalen Krieges betrachtet, den die NATO im Moment gegen Serbien, nicht gegen Milosevic führt. In einen Krieg hineingezogen, den die meisten von ihnen nicht wollen, werden diese Soldaten nun Opfer der unvorhergesehenen NATO-Bombardierungen. In dieser Situation ist keine Rebellion oder Militärdienstentziehung möglich, nur weitere Ermordungen und Zerstörung.

Ich wollte Euch aber nicht meine Gedanken über die in diesem Krieg angewendete Rhetorik und Me-

thoden mitteilen. Ich möchte Euch nur dringend bitten, in Euren Ländern alles zu tun, um diese Kette der Gewalt zu beenden. Zuerst müssen die NATO-Bombardierungen beendet werden, die nur zu weiteren Ermordungen und Zerstörung führen.

Gleichermaßen wichtig ist es, den Flüchtlingen aus dem Kosovo, Serbien und Montenegro, die vor dem Krieg fliehen, Obdach und Schutz zu geben. Das ist insbesondere für die Wehrpflichtigen wichtig. Sie müssen anerkannt und legalisiert werden, nicht bedroht und über ihren Aufenthaltsstatus im unklaren gelassen.

Wir sollten uns bewußt sein, daß die gesamte Opposition, nichtstaatliche Organisationen und unabhängige Medien aufgrund der NATO-Angriffe und der damit erzeugten Kriegssituation nun stillgestellt sind. Deshalb liegt es an uns, zu tun was sie nicht können.

Heute wurden die Bilder von zerstörten Slums in der Bergarbeiterstadt Aleksinac neben den Bildern der menschlichen Katastrophe an der Grenze zu Mazedonien gezeigt. Tief erschüttert von diesen Ereignissen, versuche ich Energie und Willen zu sammeln, um zu schreiben und zu sprechen. Das war mein erster und sehr zaghafter Versuch einiges zu sagen und allen für die Briefe, Fragen und Unterstützung zu danken, die ich erhalten habe.

Ich werde weiter für den Frieden beten und handeln.

8. April 1999

Budapest ist zu einem Treffpunkt und Ziel für viele unserer FreundInnen, FriedensaktivistInnen, unabhängigen JournalistInnen, MenschenrechtsanwältInnen, prominenten Oppositionellen, aber auch gewöhnlichen Menschen geworden, die aus Belgrad und anderen Orten Serbiens fliehen. Leider muß ich anmerken, daß nur diejenigen, die Geld und Beziehungen haben, das Land verlassen konnten, wie es in ähnlichen Situationen immer geschieht. In den vergangenen Tagen habe ich ihre Berichte voller Angst und Sorge über ihre eigene Zukunft und die des Landes gehört. Ich will versuchen, einiges davon aufzuschreiben. Es spiegelt nur einen Teil der Ereignisse wieder, da ich keine Aussagen direkt aus dem Kosovo erhalten konnte.

Wie Ihr alle wißt, wurden viele unabhängige Medien sofort geschlossen und ihr Vermögen beschlagnahmt. Die verbleibenden stehen unter direkter oder indirekter Kontrolle des Staates. Der einzige Unterschied bei der Berichterstattung der ehemaligen unabhängigen Medien zu den staatlichen sind die gelegentlichen Berichte über die Zerstörungen und die Zahl der Opfer durch die Bombardierungen. Eine andere Quelle ist die Web-Seite der Demokratischen Partei, auf der sich die Informationen befinden, die sie von Mitgliedern und aus anderen Quellen erhalten. Es ist ihre einzige Aktivität und im Grunde die einzig mögliche. Die Leute sind

VON BOJAN ALEKSOV,
FRAUEN IN SCHWARZ*

*) Briefe von Bojan Aleksov, Frauen in Schwarz Belgrad, aus Budapest. E-mail an Connection e.V., Übersetzung: Rudi Friedrich, Connection e.V.



2.23

folglich sehr uninformiert und in ständiger Furcht vor allem. Sie wissen kaum etwas über die Ereignisse im Kosovo. Die staatlichen Medien tragen zur Verbreitung von Furcht bei und in den Luftschutzkellern kommt dann alles an die Oberfläche. Dort verbreiten sich leicht Gerüchte über Giftgas und radioaktive Substanzen. Das ist der Grund, warum viele unserer FreundInnen, die nüchtern zu bleiben versuchen, vermeiden, in die Schutzräume zu gehen. Nach der Bombardierung von Aleksinac, die viele unschuldige Zivilpersonen in ihren Häusern tötete, wird dies noch schwieriger werden.

Die Menschen fürchten, die verbleibenden Brücken zu überschreiten. Nur wenige tun dies am Tage und so gut wie keiner in der Nacht. Es gibt noch Lebensmittel, aber keine Zigaretten. Die größte Besorgnis gibt es offensichtlich in Novi Sad, das durch die Zerstörung aller Brücken in zwei Teile getrennt wurde. Alle Brücken nach Kroatien wurden zerstört, die Situation für die verbleibenden SerbInnen in der Gegend von Vukovar (Kroatien) wird härter.

Es ist kein Wunder, daß sich in dieser Situation viele ehemalige Oppositionelle zu Milosevic und seiner Regierung wenden. Die gleichen Menschen, die vor nur wenigen Jahren geschlagen und inhaftiert wurden, weil sie amerikanische Flaggen getragen hatten, verbrennen diese nun. Es gibt Geschichten von spontaner Gewalt und Angriffen auf albanische Geschäfte, Intoleranz gegenüber Roma usw. Die Homogenisierung, Fremdenfeindlichkeit und das nationalistische Denken sind überall präsent. Für diejenigen von Euch, die sich erinnern: das war während des Krieges in Kroatien und Bosnien nicht der Fall.

Die Kommunikation und wechselseitige Unterstützung ist der einzige Weg aus der überwältigenden Hysterie. Aus diesem Grund ist das Wichtigste ein funktionierendes Internet. Viele Server arbeiten nicht, und die noch verbliebenen funktionieren sehr schwierig und langsam. Die Aktiven der nichtstaatlichen Organisationen setzen auch ihre Aktivitäten durch die Kommunikation mit den FreundInnen im Kosovo fort, wo die Situation bei weitem am tra-

gischsten ist – und unter sich selbst – um Informationen auszutauschen, Ratschläge und Energie zu bekommen. Es ist bewundernswert, daß diese Aktivitäten fortgesetzt werden und daß sie sich treffen und diskutieren, wie man sich auf die neuen Umstände einstellen kann. Ich muß ergänzen, daß mich die gespannte politische Situation und die von den Medien benutzte Rhetorik an die 50er Jahre erinnert. Unter diesen Umständen entschieden sich viele zur Flucht, schlossen sich den tausenden von Oppositionellen des Regimes von Milosevic an, die in den vergangenen angespannten Jahren flohen, was weiter jede Chance des Strebens nach Veränderung vermindert. Für viele waren die NATO-Bombardements der letzte Schlag gegen die Möglichkeiten einer Demokratisierung in Serbien. Nicht ein Wort davon ist in den "westlichen" Medien zu hören.

Im Moment sind mir keine Berichte über direkte Schikanen und Druck auf einzelne Oppositionelle des Regimes bekannt, abgesehen davon, daß einige Leute von der Polizei vorgeladen wurden. Die Bomben und die generelle Atmosphäre sind effektiv genug. Es gibt auch keine Berichte über die Anwendung extremer Kriegsmaßnahmen gegen Militärdienstentziehung und Desertion. Dennoch haben viele Männer fürchterliche Angst und verstecken sich. Andernfalls können sie leicht Ziele der NATO-Kriegsmaschinerie werden.

Mit der Verstärkung der NATO-Bombardements verschwindet jede Hoffnung – Hoffnung auf eine Lösung des Kosovo-Problems, für die Demokratisierung in Serbien, für Stabilität und Wohlstand auf dem Balkan.

Bombardements und Medienkrieg

Die Tragödie der kleinen und armen Stadt Aleksinac, die hauptsächlich von Bergarbeitern bewohnt wird und auf deren Häuser vor einigen Tagen Bomben fielen, bestimmen immer noch die Gefühle der Menschen, denen zumindest gelegentlich bewußt wird, daß die Bomben der waffenschwingenden Weltmacht gelegentlich ihr Ziel verfehlen können. Diejenigen, die auf Aleksinac fielen, haben 16 Häuser in Schutt und Asche gelegt und 400 weitere unbewohnbar gemacht. Die genaue Zahl der Opfer wurde nicht bekanntgegeben. Die Bombardierung der Zastava-Autofabrik in Kragujevac hat ebensolche Emotionen ausgelöst.

Bilder des vollständig zerstörten Pristina haben Belgrad mit einigen Tagen Verspätung erreicht. Und dies sind die einzigen aus dem Kosovo, die in den serbischen Medien zu sehen sind. Es gibt nicht einmal Fernsehbilder von den zerstörten Belgrader Vororten. In Belgrad und Serbien herrscht Kriegsrecht. Die Menschen sind damit beschäftigt, ihre Köpfe zu retten. Von Tag zu Tag werden sie blässer und nervöser, ohne unnötige Fragen akzeptieren sie die Informationen, die ihnen von den staatlichen Medien und Zeitungen 24 Stunden am Tag vorgesetzt werden. Serbien ist heute zur Gänze gleichgeschaltet, beleidigt, gedemütigt und verstört. Jede Unterstüt-

zung, die aus der Welt kommt, wird auf allen Fernsehstationen über Tage gesendet und der Haß auf die NATO-Staaten, insbesondere die USA, hat seinen Höhepunkt erreicht. Alle Blicke richten sich auf Rußland, dem enorme Macht und Stärke zugeschrieben wird und welches die einzige Hoffnung auf Rettung ist.

Gestern, am 9. April, erweiterte der serbische Präsident per Verordnung die Macht des Innenministeriums. Das Ministerium kann nun die Bewegungsfreiheit einschränken und Personen für mehr als 24 Stunden einsperren, die Ordnung und öffentlichen Frieden stören und Wucher mit Lebensmitteln treiben. Jemand der nach Ansicht des Innenministeriums die Sicherheit der Republik gefährdet, kann an einen anderen Ort verbracht werden. Das Ministerium darf Wohnungen durchsuchen, Briefe öffnen, usw. In den ersten Tagen der Bombardierungen wurden Zeitungen und andere Medien durch eine spezielle Verordnung verpflichtet, bestimmte Propagandariichtlinien zu befolgen.

In der dritten Kriegswoche hat ein offener Medienkrieg zwischen der Welt und den serbischem Medien begonnen. Er begann mit der Drohung eines NATO-Offiziers, daß auf Grund der Propagandalügen das Gebäude des staatlichen Fernsehens bombardiert würde, falls es nicht der Ausstrah-

lung von Programmen ausländischer Stationen – oder gar der NATO selbst – zustimme. Man erwartet von einem Land, das angegriffen und beinahe zerstört wird, das auszustrahlen, was diejenigen verbreiten, die es bombardieren. Die Nachricht blieb hier nicht ohne Reaktionen, insbesondere das staatliche Fernsehen reagierte mit scharfen Kommentaren. Selbst die schärfsten Regimekritiker, die am vehementesten Informationen aus der Welt hören möchten, waren von der Arroganz der Bombardierer geschockt. Während all dieser Kriegstage sind diejenigen, die Satellitenprogramme sehen – und dies ist nur ein kleiner Teil der serbischen Bevölkerung² –, über die Propaganda und Halbwahrheiten entsetzt, die über die Bombardierungen und die Entwicklung in Jugoslawien verbreitet werden. Die wenigen ausländischen ReporterInnen beklagen sich hinter vorgehaltener Hand bei ihren KollegenInnen über die Zensur der Informationen, die sie aus Belgrad liefern. JournalistInnen in Serbien konstatieren, daß das staatliche Fernsehen ein völliger Amateur ist verglichen mit CNN.

Was wird der westlichen Propaganda genau vorgeworfen?

Aus Serbien wird der Welt nur Singen und Tanzen gezeigt – als Gegensatz zu den fliehenden und vertriebenen Kosovo-Albanern.

VON SPOMENKA LAZIC*

*) Spomenka Lazic ist Mitarbeiterin von AIM Podgorica, der Artikel stammt vom 10. April 1999



1.21

Ethnische Säuberungen und Vertreibungen werden ausschließlich dem Milosevic-Regime angelastet. Die Bombardierung des Kosovo als Grund für den schrecklichen Exodus der AlbanerInnen wird in der westlichen Propaganda nicht einmal erwähnt, noch die Abreise der OSZE-BeobachterInnen aus dem Kosovo, die den einzigen Schutz vor dem gegenseitigen Morden von SerbInnen und AlbanerInnen darstellten.

Einige KommentatorInnen kamen sogar zu dem Schluß, daß die SerbInnen die Bombardierungen akzeptierten, da sie nicht fliehen. Wenn Sie sich nur einmal die Mühe gemacht hätten, einen Blick auf die Belgrader Bahnhöfe und Busbahnhöfe zu werfen, hätten sie Leute gesehen, die abreisen und fliehen, um in benachbarten Ländern oder Orten Zuflucht zu suchen. Niemand hat es für Wert

befunden, darauf hinzuweisen, daß die SerbInnen nirgendwohin gehen können. Mit Ausnahme von Ungarn, wo sich bereits etwa zwanzigtausend registrierte Flüchtlinge aufhalten, benötigen sie für jedes Land ein Visum. Viele Familien gehen nach Subotica als einem „sicheren“ Ort. Männer dürfen das Land nicht verlassen und seit einer neuen Regierungsverordnung benötigen sogar Kinder über 14 einen Paß.

Es gibt keine Antwort auf die Frage, warum die multiethnische Vojvodina, insbesondere Novi Sad, in diesem Ausmaß zerstört werden. Warum werden die Brücken dieser Stadt zerstört und warum muß diese Provinz so teuer dafür bezahlen, was eine andere Provinz durchmachen muß?

Gefangen zwischen zwei Propagandamaschinen, wobei das staatliche Fernsehen auf die Mehrheit eine Wirkung wie Opium hat, leben die total desorientierten, verwirrten und wütenden Menschen jeden Tag ein Doppelleben. Tagsüber müssen sie zur Arbeit ge-

hen, obwohl es praktisch nichts zu tun gibt, und in der Nacht in die Luftschutzbunker. Es gibt keine Erklärung, warum Bomben in unmittelbarer Nachbarschaft von Entbindungsheimen oder der Belgrader Innenstadt einschlagen, warum sie ZivilistInnen in ganz Serbien treffen. Von einem angegriffenen Land zu erwarten, jene zu verteidigen, die es bombardieren, ist tatsächlich ein beispielloser Zynismus.

Eine Verurteilung des Exodus der albanischen Bevölkerung von jenen zu erwarten, die – mit Ausnahme der wenigen, welche Satellitenprogramme empfangen – nicht einmal die schrecklichen Bilder der Flüchtlinge gesehen haben, ist vollkommener Unsinn. Das organisierte Singen und die Slogans, die gezeigt werden, und die obszöne Präsentation von Führern des Westens und die Schreie der Empörung, in denen Land mehr zählt als Menschenleben, sind nichts als ein Propagandabild von Serbien, mit welchem neue Energie für eine weitere Bombennacht gesammelt wird.

Während der Nacht wird Belgrad zur Geisterstadt. Heldentum, Prahlerei und Patriotismus sind dann nur im Fernsehen zu sehen. Bis zur nächsten Kundgebung am Platz der Republik. Der einzige offensichtliche Effekt der Propaganda ist die Gleichschaltung der Menschen, das Gefühl der Ungerechtigkeit, die die Welt den SerbInnen antut. Alles andere, einschließlich dessen, was in Serbien und dem früheren Jugoslawien passiert ist, ist für Jahre vergessen.

LEICHT GEKÜRZT;
ÜBERSETZUNG: MK

1 Am 13. April zerstörten NATO-Bomben eine Satellitenempfangsstation. Seitdem sind nach Angaben des staatlichen jugoslawischen Fernsehens kein Empfang von Satellitenprogrammen und keine Überseetelefonate mehr möglich (Anm. M.K.).

Für eine neue Friedensbewegung

Die USA, ihre Verbündeten und die ihnen untergeordneten Staaten haben die internationale Lage durch ihren Angriffskrieg gegen Jugoslawien entscheidend verändert. Es liegt aber nicht allein an den USA, ob die Vereinten Nationen nun zu einer Institution ähnlich dem Völkerbund nach der japanischen Aggression im Jahr 1931 verkommen. Es werden auch nicht ausschließlich die USA bestimmen, wie sich künftige Konflikte entwickeln – es liegt an uns, den Menschen. Um intelligent zu handeln, sollten wir dieses Faktum realisieren und seine Konsequenzen diskutieren.

Auch wenn der 1. Weltkrieg durch die Schüsse in Sarajevo ausgelöst wurde, begann er doch mit den Balkankriegen in den vorangegangenen Jahren. Die Verböten waren Konflikte zwischen den großen Mächten über die Aufteilung der Welt. Dies zu erkennen und zu analysieren war bereits in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts möglich. Die zeitgenössische Friedens- und Arbeiterbewegung konnte diesen großen Krieg vorhersehen. Die Analyse der Basler Konferenz der Zweiten Internationalen war vollkommen klar. Aufgrund des Fehlens einer breiten, von und unter den Menschen organisierten Friedensbewegung gaben ihre Führungspersönlichkeiten aber den Kampf für den Frieden auf. Stattdessen begannen sie sich in den Dienst der imperialistischen Herrscher zu stellen und die Menschen in einen

blutigen Weltkrieg zu ziehen. Wir haben seit Herbst 1914 diskutiert, wie dies passieren konnte.

Auch wenn der 2. Weltkrieg, zumindest was Europa betrifft, durch den Angriff Hitler-Deutschlands auf Polen 1939 ausgelöst wurde, begann er, als Japan 1931 die Mandschurei besetzte (fortgesetzt wurde er mit dem Angriff Italiens auf Abessinien und mit dem faschistischen Putsch von 1936 gegen die rechtmäßige Regierung Spaniens, unterstützt von Deutschland und Italien). In diesem imperialistischen Machtspiel meinten die Führer von Großbritannien, Frankreich und den USA, daß sie Japan und Deutschland dazu zu bringen, sich gegen die Sowjetunion zu wenden – und so ihre eigenen Herrschaftsgebiete für sich zu behalten.

Ungeachtet dessen unternahmen die zeitgenössische Friedensbewegung und die antifaschistischen Kräfte in dem Zeitraum zwischen den Verböten des Weltkrieges und seinem Ausbruch große Anstrengungen, um die Menschen auf breitest möglicher Grundlage gegen die Faschisten und gegen den Krieg zu vereinen. Dadurch trugen sie ihren Teil zur künftigen Niederlage der Faschisten bei. Auch wenn sie nicht stark genug waren, den Krieg zu verhindern, hatten sie doch aus den Ereignissen von 1914 gelernt.

Es ist erwiesen, daß der dritte Weltkrieg mit dem Abwurf der Bombe auf Hiroshima eingeleitet wurde – wel-

che nicht notwendig war, um Japan zu besiegen, sondern um den USA die erwünschte Welt-Hegemonie zu sichern –, gefolgt von der "Eiserne Vorhang"-Rede Winston Churchill's, der Truman-Doktrin und der NATO. Nichtsdestotrotz brach der Krieg nie aus.

Wir waren in den 50er-Jahren dort erfolgreich, wo wir 1914 und 1939 versagten. Wir konnten den kriegstreibenden Kräften widerstehen. Wir waren Millionen überall auf der Welt, die sich für den Stockholmer Aufruf für den Frieden einsetzten. Unsere Slogans waren einfach und scheinbar selbstverständlich: Verbot und Vernichtung der Nuklearwaffen unter internationaler Kontrolle – jeder Staat, der Nuklearwaffen einsetzte, sollte aus diesem Grund als Kriegsverbrecher betrachtet werden. Die Presse und unsere Politiker waren wütend. Wer sich an die Hexenjagd erinnert, wird sie nie vergessen. Die Daily News (die führende schwedische Tageszeitung) verleumdete uns als "russische Agenten". Unser Premierminister war sehr aufgebracht. Auf die Initiative der USA hin wurden in Schweden 20.000 Informanten organisiert, um all jene unter unseren Landsleuten auszuspionieren, die für den "Frieden von Moskau" arbeiteten – um sie politisch und gesellschaftlich zu vernichten. Aber wir waren einfach zu viele Millionen in aller Welt, die den Widerstand gegen die amerikanischen Kriegshetzer organisierten.

VON JAN MYRDAL*

*) Jan Myrdal ist schwedischer Friedensaktivist.

Sie konnten ihren Traum nicht realisieren – dargestellt auf dem Cover des Collier's Magazine im November 1951 mit einem Atompilz über Moskau. Ihre Kriegsmaschine wurde in Korea geschlagen. Sie wurden zum Frieden gezwungen.

In Schweden versuchten mächtige Gruppen des Big Business, des Militärapparates und ihrer Freunde in den bürgerlichen Parteien wie auch Teile der sozialdemokratischen Führung, der NATO und ihrem Krieg beizutreten. Doch die Friedensbewegung war wachsam und die öffentliche Meinung gegen die NATO. Und die Friedensbewegung wuchs. Einige Generäle und Politiker standen im Dienst der USA. Sie mußten illegal und im Geheimen agieren. Mit Unterstützung der öffentlichen Meinung schafften wir es, daß das offizielle Schweden genau jener politischen Linie treu blieb, die es seit 1834 verfolgte: Bündnisfreiheit in Friedenszeiten mit dem Ziel der Neutralität in Kriegszeiten. Dies fügte der Diplomatie der USA eine schwere Niederlage zu, ebenso wie den Pro-NATO-Kräften in unserem Land.

Von der politischen/militärischen Führung wurde ein Programm für die Entwicklung schwedischer Waffen vorbereitet. Sogar Olof

Palme sprach sich für dieses Programm aus. Auch hierbei mußten die Militärs und die Politiker dem Druck der öffentlichen Meinung, organisiert von der Friedensbewegung, nachgeben. Folglich änderte Olof Palme, als scharfsinniger Politiker, der er war, seine Meinung.

Vielleicht erinnern Sie sich, wie unsere Arbeit gegen den Aggressionskrieg der USA in Südostasien organisiert wurde? Damals war das offizielle Schweden auf der Seite der USA. Wir hatten gute Gründe, unseren Premierminister einen "Handlanger von Lyndon" zu nennen, was wir auch taten. Einige von uns erinnern sich daran, wie sie verprügelt wurden, als die Regierung am 20. Dezember 1967 die von ihr aufgebotene Polizeitruppe aufmarschieren ließ. Indem wir argumentierten, Informationen verbreiteten und der Linie der breiten Mehrheit wie unseren Prinzipien, die im Einklang mit den Interessen der schwedischen Bevölkerung standen, treu blieben, brachten wir die Regierung dazu, nachzugeben. Wenigstens in Worten, wenn schon nicht in Taten, mußte sie sich dem Krieg der USA widersetzen. Selbst Olof Palme fand sich an der Spitze von Demonstrationen wieder. Dafür sollten wir ihn respektieren und

ihn loben. Wir sollten nicht sektiererisch und selbstgerecht sein. Wie viele von uns wissen, setzte sich unsere Arbeit und Solidarität mit dem Kampf für die Rechte des palästinensischen Volkes und dem Widerstand gegen die Breschnew-Doktrin fort, die von Moskau benutzt wurde, um ihre Hegemonie zu etablieren und auszuweiten.

Heute streben die Führung der USA und ihre Gefolgschaft aus ökonomischen und machtpolitischen Motiven danach, ihre Hegemonie in einer globalisierten Welt durchzusetzen. Dies erfolgt unter absichtlicher Umgehung der Vereinten Nationen und der Ausnützung innerethnischer/religiöser Konflikte. Alle Mittel, politische wie militärische, werden zu diesem Zweck instrumentalisiert.

Unser Kampf für den Frieden muß daher weitergehen. Wir müssen uns auf breiter Basis engagieren, ohne Beachtung alter Widersprüche. Wir müssen auf vielfältige Weise die öffentliche Meinung organisieren. Wir müssen einfache politische Forderungen im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung erheben.

Zum Beispiel in Schweden: Die Rückkehr zu unseren politischen Richtlinien in der Außenpolitik, die seit 1834 gültig sind: Bündnisfreiheit in Friedenszeiten mit dem Ziel der Neutralität in Kriegszeiten. Rückkehr zu der außenpolitischen Linie, die von der Friedensbewegung und der Bevölkerung in den 60er Jahren durchgesetzt wurde. Zugunsten der Vereinten Nationen und gegen das selbstauferlegte "Recht" der Supermächte (Truman-Doktrin, Breschnew-Doktrin oder die ge-

genwärtige Clinton-Doktrin), bei inneren Konflikten anderer Staaten militärisch zu intervenieren. Solidarität mit den Forderungen der Dritten Welt ("des Südens") für eine gerechte Verteilung der Güterverteilung, gegen Ausbeutung und Neokolonialismus, für beidseitigen Respekt und gegenseitiges Verständnis als Grundlage für den internationalen Austausch.

Es ist von höchster Bedeutung, den zunehmend gleichförmigen Nachrichtenmedien entgegenzutreten und objektive Informationen über das Weltgeschehen zu verbreiten. Eine andere zentrale Aufgabe ist das Aufdecken propagandistischer Methoden, die von Imperialismus und Neokolonialismus eingesetzt werden. Sie werden bemerken, daß Washington jetzt von "Menschenrechten" auf die selbe Art und Weise spricht wie das viktorianische England von "christlichen Werten", der Zar von der "Freiheit der kleinen Nationen", das kriegführende Japan von der "Befreiung von Kolonialherren und dem gemeinsamen Wohlstand", Mussolini von der "Befreiung der Abessinier von der Sklaverei" und Hitler vom "neuen, brüderlichen Europa". Dazu lassen sich Zitate und Beispiele finden!

Weiters sollten wir die Ideologie über "den Krieg zwischen den Zivilisationen" bekämpfen, die nun in den "think-tanks" der USA und ihrer Nachahmer in unseren Ländern produziert wird. Wir sollten sie gründlich, ausdauernd und mit Argumenten bekämpfen. Dies sind große Aufgaben, denen wir gegenüberstehen.

ÜBERSETZUNG: MP

friedolins befreigung

Zeitschrift für Antimilitarismus
und Gewaltfreiheit

FÜR FREIE MENSCHEN UND
SOLCHE, DIE ES WERDEN WOLLEN

ARGE für Kriegsdienstverweigerung und Gewaltfreiheit

Rechbauerstr. 12, 8010 Graz
email: arge-kdv@htu.tu-graz.ac.at
http://oeh.tu-graz.ac.at/~arge-kdv

probenummer
gratis




Durchs historische Kurdistan

*„Es bekümmert mich nicht,
wenn mein Unterdrücker mir
die Flügel gebrochen hat. Hin-
gegen stimmt mich traurig,
daß mein Seufzer und Klagen
von niemandem gehört wird“*

Heman, kurdischer Dichter

Zu den wenigen wertvollen Beiträgen zur kurdischen Geschichte gehören die Schriften europäischer und russischer bzw. sowjetischer Orientalisten um die Jahrhundertwende, als Rußland und die europäischen Mächte ein großes Interesse am Osmanischen Reich und an den Völkern des Nahen Ostens zeigten. Nach dem Ersten Weltkrieg und der Aufteilung der Region in neue machtpolitische Sphären erlosch das Interesse der europäischen Orientalistik an dem Thema. Die orientalischen Forschungen in der ehemaligen Sowjetunion über die Kurden hingegen wurden fortgeführt, sind aber stark geprägt von der offiziellen Politik des sowjetischen Staates.

Das kurdische Volk selbst, das nie einen festen Staatsapparat und weder wirtschaftliche noch wissenschaftliche Institutionen ausgebildet hat, hat kaum die Möglichkeit, Wissenschaftler hervorzubringen, die nach der eigenen Geschichte forschen konnten. Die wenigen Arbeiten über die kurdische Geschichte, die von Kurden selbst oder anderen Autoren des Nahen Ostens geschrieben wurden, sind von direkten politischen Tendenzen und spezifischen Interessen

geprägt: Oft wurde die kurdische Geschichte von Historikern, die den regierenden Schichten dienten, verfälscht und von kurdischen Nationalisten mit Ungenauigkeiten und Übertreibungen dargestellt.

Die Kurden sind eine der ältesten Volksgruppen des Nahen Ostens. Die archäologischen Forschungen haben ergeben, daß die Region bereits in urgeschichtlicher Zeit von Menschen besiedelt war. Die Hochkultur des Zweistromlandes befand sich – wie ihre Steintafeln zeigen – in ständigem Kontakt mit den Kurden. Xenophon schrieb über die Kurden, als ihn seine schwierige Rückkehr von Persien nach Griechenland durch Kurdistan führte. Die meisten Historiker sind darin einig, daß die Meder, die 612 v. Chr. das assyrische Reich besiegten und ihr Reich errichteten, die Vorläufer des kurdischen Volkes sind. Die Meder, arische Stämme, besiedelten während des zweiten Jahrtausend v. Chr. vom Osten her das heutige West-Kurdistan und vermischten sich mit der dort ansässigen Bevölkerung. Diese Theorie wird sowohl in der Enzyklopädie des Islam als auch in der Enzyklopaedia Britannica vertreten und von sowjetischen akademischen Kreisen befürwortet.

Die Verschmelzung der Meder mit der ursprünglichen Bevölkerung begann in der Zeit 612–550 v. Chr. während der Herrschaft des Medischen Reiches, aber es

dauerte bis zum Beginn der Islamisierung, bis eine selbständige ethnische Gruppe, die Kurden, entstand. Die vorislamische Periode der Kurden wurde noch nicht genügend erforscht und historische Texte und Dokumente darüber sind äußerst selten. Die Meder selbst haben nahezu keine Dokumente hinterlassen.

Das Wissen über ihr Reich läßt sich griechischen, römischen und persischen Quellen entnehmen. So gut wie sicher ist, daß die Kurden zu Beginn der Islamisierung mit ihren jetzigen ethnischen und sprachlichen Eigenschaften innerhalb der heutigen Gebiete lebten.

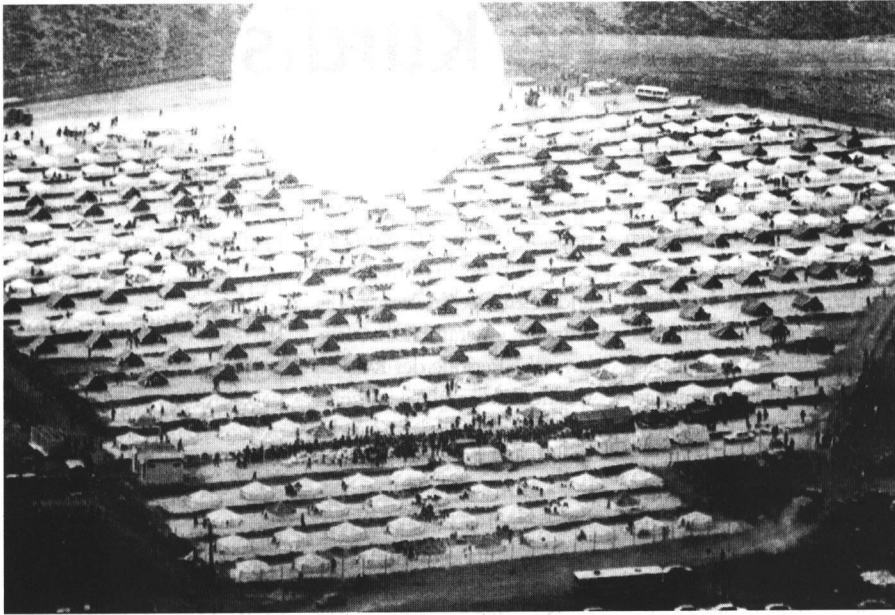
Das Land der Kurden wurde in vorislamischer Zeit verschieden benannt. Die Griechen nannten es Kurdon, die Assyrer bezeichneten es als Kardo und für die Armenier war es Kordoin. Das Wort Kurdistan erscheint zum ersten Mal in islamischen Texten im 12. Jahrhundert.

Nach dem Untergang des Medischen Reiches 550 v. Chr. wurde das Gebiet, in dem die Kurden lebten, über tausend Jahre von persischen Dynastien beherrscht. Aber diese Dynastien konnten ihre Macht über das Bergvolk der Kurden nicht wirklich ausüben. Xenophon sagt, daß sich die Kurden niemals von persischen Königen beherrschen ließen. Kurdistan wurde ein Schlachtfeld im Kampf zwischen dem persischen Reich, den Griechen und Römern und dadurch oft zer-

Nach den Arabern, Persern und Türken mit 25 Millionen Menschen die viertgrößte Nation im Nahen Osten, stehen die Kurden an politischem Gewicht weit hinter anderen arabischen Volksgruppen, wie etwa den Palästinensern, zurück. Die Geschichte des kurdischen Volkes ist aus verschiedenen Gründen nicht gut erforscht und noch wenig bekannt.¹

VON KAYOUMARS
SHAHSAVARY*

*) Kayoumars Shahsavary ist Mitarbeiter des Vereins demokratischer StudentInnen aus Iranisch-Kurdistan.



2.19

stört. Obwohl es nach dem Ende des Medischen Reiches kein kurdisches Reich gab, blieb das Land durch seine geografische Abgeschlossenheit weitgehend autonom. Es gibt nur wenige historische Informationen über die politische und soziale Struktur der Kurden. Sicher ist, daß sie relativ isoliert zwischen hochentwickelten Zivilisationen lebten und sich niemals in eine dieser Zivilisationen integrierten.

Die Islamisierung Kurdistans (ca. 630 n. Chr.) bedeutete eine große Wandlung in der kurdischen Geschichte. Die Degeneration des Reiches der Sassaniden, der letzten Herrscherdynastie vor der Islamisierung Persiens, und die Unzufriedenheit in Kurdistan und anderen Randgebieten führten dazu, daß die Islamisierung innerhalb Kurdistans sehr schnell stattfand, die Kurden in die neue islamische Zivilisation rasch integriert wurden und aus ihrer Isolierung herausreten konnten. Der Islam schuf für die Kurden, wie auch für andere ethnische Gruppen, einen neuen Zusammenhang: eine Gemein-

schaft („umma“), die nicht durch ethnische Zugehörigkeit, sondern den Glauben ihr Bestehen rechtfertigt.

Seit mehr als tausend Jahren gehören die Kurden zur islamischen *umma*, ist ihre Geschichte ein Teil der islamischen Geschichte. Ihre ethnischen und sprachlichen Besonderheiten haben sie dabei behalten. Schon zu Beginn ihrer Integration in den Islam nahmen die Kurden an der sozialen und kulturellen Entwicklung teil. Ab dem 9. Jahrhundert beteiligten sie sich an den Aufständen gegen die islamische Zentralmacht in Bagdad.

Ab dem 11. Jahrhundert, seit der Schwächung der Zentralmacht (Kalifate), bildeten sich in den Randgebieten eigene Machtzentren. Auch kurdische Dynastien gründeten lokale Regierungen, die fast unabhängig oder autonom waren. Zwischen dem 11. und 14. Jahrhundert erlebte die kurdische Gesellschaft einen großen Fortschritt im Rahmen des allgemeinen islamischen Aufschwungs: Städte entstanden, Schulen wurden gebaut und die Beteiligung der Kurden

am kulturellen, wissenschaftlichen und sozialen Leben nahm zu.

In der Zeit zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert lebten die Völker des Nahen Ostens unter mongolischer Herrschaft. Die Wirtschaft und Kultur der Region wurde weitgehend zerstört.

Die große politische Einigung der abbassidischen Kalifen in Bagdad, die eine fruchtbare kulturelle Entwicklung ermöglicht hatte, wurde zerstört. Es bildeten sich zahlreiche kleine Machtzentren, die sich gegenseitig in permanenten Kriegen schwächten und so einen Fortschritt unmöglich machten.

Die Kurden, denen es durch die Islamisierung gelungen war, aus ihrer Isolation auszubrechen, und die eine bedeutende Rolle auf kulturellem und politischem Gebiet gespielt hatten, wurden unter der mongolischen Herrschaft wieder in die Isolation getrieben. Erst zu Beginn des 16. Jahrhunderts, nach dem Ende der mongolischen Herrschaft erlebten die Kurden eine neue Blütezeit in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. Es bildeten sich neue Fürstentümer und lokale Machtzentren. Dennoch war es nicht möglich, die Zerstörungen, die in drei Jahrhunderten angerichtet worden waren, wieder gutzumachen und die Differenzen zwischen den lokalen Mächten aufzuheben.

In der Zwischenzeit hatten sich zwei neue mächtige Staaten konstituiert: der schiitisch-safawidische Staat in Persien und das sunnitisch-osmanische Reich. Diese beiden rivalisierenden Staaten versuchten, Kurdistan unter ihre Herrschaft zu bringen. Dadurch war es für die Kur-

den noch weniger möglich, einen autonomen geschlossenen Herrschaftsbereich aufzubauen. Ab dem 16. Jahrhundert wurde Kurdistan immer wieder zum Kriegsschauplatz.

Die Kurden waren gezwungen, sich den beiden Mächten zu unterwerfen. Die meisten kurdischen Fürsten und Dynastien ergriffen aus religiösen Gründen Partei für das sunnitisch-osmanische Reich. Ihre Unterstützung spielte oft eine entscheidende Rolle in den Kriegen zwischen dem persischen und osmanischen Reich. Ein wichtiger Grund für die Parteinahme der Kurden für das osmanische Reich lag auch darin, daß das persische Reich den kurdischen Fürsten und Dynastien keine Autonomie zugestand, das osmanische Reich jedoch Verträge mit den kurdischen Dynastien abschloß, die diesen weitgehende Autonomie innerhalb des osmanischen Reiches zubilligten. Diese Regelung dauerte fast dreihundert Jahre, bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Allerdings wurden die kurdischen Fürstentümer durch die Verträge in noch kleinere Einheiten aufgespalten.

Trotz der Verträge gab es immer wieder Konflikte zwischen den kurdischen Fürstentümern, die ihre Gebiete vergrößern und mehr Autonomie erreichen wollten, und dem osmanischen Reich, das eine straffere Zentralisierung der Macht erreichen wollte. Im Jahr 1639, nach einer neuen Serie von Kriegen zwischen dem osmanischen und dem persischen Reich, teilten die beiden Staaten Kurdistan in einem Vertrag untereinander auf.

Einige kurdische Fürstentümer und Dynastien



konnten dabei ihre Autonomie aufrechterhalten. In diesen Gebieten fand ein kultureller und wirtschaftlicher Aufschwung statt, wenn auch, bedingt durch politische Auseinandersetzungen und die geringe Größe der politischen Einheiten, in Grenzen.

In den Fürstentümern des mittleren Kurdistans entstanden Städte wie Bidlis, Diarbekir und Jazira. Architektur, Musik, Instrumentenbau, Waffenproduktion, Medizin und religiöse Schulen erlebten eine Blütezeit.

Erstmals wurde die kurdische Sprache als Schriftsprache verwendet. Bis zu dieser Zeit hatten die kurdischen Wissenschaftler und Dichter die arabische Sprache benutzt. Die Literatur dieser Zeit, besonders das Werk Ahmedi Chanis (1650–1707), zeigt bereits die Ansätze zu dem kurdischen Nationalbewußtsein, das sich im 19. Jahrhundert voll entwickelte. In diesen Arbeiten sind Kritik an der Uneinigkeit der kurdischen Fürsten und Klagen über die Fremdherrschaft der Perser und Türken zu finden.

Die wichtigsten Gründe dafür, daß Kurdistan in der Zeit vom 16. bis 19. Jahrhundert zwischen zwei Reichen aufgeteilt war, und es zu keiner Vereinigung des kurdischen Volkes kam, sind:

1. Die Ausbeutung Kurdistans durch die beiden Zentralmächte bremste den wirtschaftlichen Aufschwung.
2. Es gab starke Konflikte zwischen den verschiedenen kurdischen Fürstentümern und Dynastien, die noch dazu vom persischen und vom osmanischen Reich dazu benutzt wurden, das kurdische Volk zu spalten. Oft wurden Aufstände kurdischer Dynastien von den Persern und Osmanen mit Hilfe rivalisierender kurdischer Dynastien niedergeschlagen.
3. Ein kurdisches Nationalbewußtsein hatte sich noch nicht herauskristallisiert, so daß religiöse und konfessionelle Zugehörigkeit eine wichtige Rolle spielten. Die beiden mächtigen Reiche der Osmanen und Safawiden waren Träger

2.0

Sassanidische Dynastie
226–651 n. Chr.

Abbasidische Dynastie
750–1258

Osmanische Reich
1281–1920

verschiedener konfessioneller Bekenntnisse – des sunnitischen und schiitischen. Dadurch konnten sie die Bevölkerung ihrer Länder motivieren und mobilisieren. Die Kurden besaßen keine derart starke ideologische Waffe. Sie neigten je nach Glaubensbekenntnis dazu, sich einem der beiden Staaten anzuschließen.

4. Das osmanische und safawidische Reich entwickelten beide einen starken Zentralismus und Despotismus, so daß sich die Peripherien nur schwer behaupten konnten.

Die Kriege zwischen dem osmanischen und dem persischen Reich im 16. und 17. Jahrhundert führten dazu, daß fast drei Viertel Kurdistan unter osmanische Herrschaft fielen. Von diesen Gebieten aus nahm die Entwicklung des kurdischen Nationalbewußtseins, die sich im wesentlichen im 19. Jahrhundert vollzog, ihren Anfang.

Die Ausbildung des kurdischen Nationalbewußtseins wurde vor allem bedingt durch vier Ereignisse:

1. Der Widerstand der kurdischen Fürstentümer gegen die totale Integration in die Zentralmacht.
2. Die Renaissance der sufistischen religiösen Schulen, die in der Epoche der Abbasiden zu einem reichen intellektuellen Leben führten, konnten die Mehrzahl der Kurden als Anhänger gewinnen.

Auch die Stammesführer und Fürsten wurden zu Anhängern dieser sufistischen Schulen und ihrer mächtigen Scheiche. Zwei der sufistischen Schulen, Kaderis und Nakischbandis, konnten während der Konflikte zwischen den kurdischen Emiraten und der zentralen Macht des Kalifen dieser religiösen Schulen eine Art selbständige Organisation bilden und so die totale Integration in die Zentralmacht vermeiden.

3. Die Renaissance der kurdischen Literatur erlebte mit Ahmed Chani einen bedeutenden Aufschwung, das nationale Element trat dabei erstmals hervor. Im 19. Jahrhundert wurden die letzten kurdischen Fürstentümer, besonders die Babaniden, zu Zentren der Erneuerung der kurdischen Literatur. In den Werken wird vor allem der Niedergang der kurdischen Fürstentümer und die Uneinigkeit der Kurden angesprochen.

4. Das Entstehen einer neuen intellektuellen Schicht: Ende des 19. Jahrhunderts ging aus militärischen und ausländischen Schulen eine intellektuelle Schicht hervor – die alte hatte sich in religiösen Schulen entwickelt. Diese Intellektuellen – vor allem Söhne von Fürsten und Stammesführern, die traditionell im Konflikt mit der Zentralregierung standen – sollten durch eine moderne Schulbildung in das osmanische System integriert werden. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden, weil die Zeit zu kurz und das politische System brüchig war. Die

moderne Erziehung, der wachsende europäische Einfluß und ihre Herkunft – die meisten kamen aus der Peripherie des Reiches – machten die jungen Intellektuellen allerdings zu einer Schicht von Reformern innerhalb des Establishments.

Vor allem durch die Verbreitung kurdischer Publikationen – 1898 erschien die erste kurdische Zeitung – leistete diese Schicht von Intellektuellen einen wichtigen Beitrag zur Entstehung des kurdischen Nationalbewußtseins. In ihrem politischen Programm zeigten sie sich sehr gemäßigt.

Das Ende des Ersten Weltkriegs und der Niedergang des osmanischen Reiches ließen die kurdische Frage zu einem Objekt internationaler Verhandlungen werden. Auf der Friedenskonferenz in Paris 1919 forderte die kurdische Delegation einen unabhängigen Staat. In den Paragraphen 62, 36 und 46 des Friedensvertrages von Sevres wurde der Forderung entsprochen. Die Erfüllung dieser Vertragsklausel war allerdings von der Unterstützung der Entente abhängig, nicht hingegen vom Kräfteverhältnis der rivalisierenden Erben des Osmanischen Reiches (Türken, Kurden, Armenier und Araber). Die Ententemächte stimmten einem kurdischen Staat in der Absicht zu, die Türkei zu teilen. Als jedoch die Türkei unter Mustafa Kemal gegen diesen Plan erfolgreich Widerstand leistete, anerkannten die europäischen Mächte im Vertrag von Lausanne 1923 die Türkei in jenen Grenzen, die bis heute bestehen – der Traum von einem unabhängigen kurdischen Staat wurde zu Grabe getragen.

1 Dieser Artikel ist der erste Teil über die Geschichte Kurdistan. Er bietet einen Streifzug durch die verschiedenen Epochen und einen Überblick über die jeweiligen Machtverhältnisse in Kurdistan. Im zweiten Teil in der nächsten Ausgabe von Zoom wird dann näher auf die Entstehung verschiedener politischer Gruppen, Parteien und Ereignisse eingegangen.

Nationalismus, Emanzipation und Öcalan

Der naive Humanismus, eine Anschauungsweise, die vom moralistischen Linksradikalismus bis zum Linkliberalismus zu Hause ist, glaubt, überall auf der Welt Menschen und nichts als Menschen sehen zu können. In Wirklichkeit verhält es sich natürlich ganz anders. In der bürgerlichen Gesellschaft ist niemand einfach nur Mensch oder Individuum, sondern immer bürgerliches Subjekt. Das heißt, die Menschen sind mit all ihren menschlichen Regungen, Empfindungen und Bedürfnissen in das Korsett der bürgerlichen Subjektivität gezwängt. Diese bürgerliche Subjektivität bedeutet, daß sie sowohl Warenmonaden als auch Staatsbürger sind. Und als solche sind sie stets Nationalstaatsbürger, also Angehörige einer Nation und als solche geborene Nationalisten.

Damit wäre die Ausgangslage, das Problem, vor dem wir stehen, umrissen. Nationalismus ist keine Einstellung von ein paar Rechtsradikalen, sondern weitgehender Konsens in der bürgerlichen Gesellschaft. Auf einer phänomenologischen Ebene kann Nationalismus am kürzesten wie folgt definiert werden: Er umfaßt jede explizite oder implizite positive Bezugnahme auf eine materiell existente oder ideell vorgestellte, noch zu errichtende Nation. Um zu begreifen, was Nationalismus ist, muß man erst mal feststellen, was er sicher nicht ist bzw.

wie er sicher nicht hinreichend begriffen werden kann. In der traditionellen Linken – und zwar sowohl von orthodoxen Parteimarxisten wie auch von undogmatischeren Figuren wie beispielsweise den meisten Autonomisten – gab es grob gesagt zwei Annäherungsweisen an den Nationalismus, die sich jedoch nicht ausschließen, sondern vielmehr ergänzen. Entweder wurde der Nationalismus in bestimmten Ausprägungen als etwas Positives begriffen, das ein Vehikel zur Emanzipation sein sollte, oder, wenn er als Negatives angesehen wurde, hat man ihn ganz ähnlich wie auch Antisemitismus und Rassismus als eine Ideologie der sogenannten herrschenden Klasse angesehen, die ihn als Instrument bewußt einsetzt, um die sogenannten Beherrschten von ihrer vermeintlichen weltgeschichtlichen Mission – also Weltrevolution etc. – abzuhalten. Nationalismus als objektiv notwendige – wenn auch nicht zwangsläufig erforderliche – Basisideologie der warenproduzierenden Moderne zu begreifen, bleibt solch einer Betrachtungsweise völlig fremd und unverständlich. Um eben solch ein Verständnis von Nation und Nationalismus soll es im Folgenden gehen, um vor diesem Hintergrund abschließend einige Probleme des sogenannten Befreiungsnationalismus und der internationalen Solidarität anzureißen.

Staatliche Gewalt und Warentausch

Die Nation entsteht zum einen aus der widersprüchlichen Liaison, die Staat und Kapital miteinander eingehen,¹ und zum anderen, was aber nichts anderes ist, sondern zu dieser Liaison von Kapital und Staat in unterschiedlichen Ausprägungen immer dazu gehört, aus der zugleich zwanghaften und freiwilligen Integration des Faktors Arbeit in den Staat und damit in die Nation. Um das verstehen zu können, muß man sich schrittweise die Konstitution der bürgerlichen Subjektivität ansehen, nämlich die Konstitution der Warensubjekte im Tausch, die Selbst- und Zwangsobjektivierung als Staatsbürger und die gleichermaßen einerseits folgerichtige und rationale und andererseits auch durchaus wahnhaftige Konstitution des Waren- und Staatsbürgersubjekts zum Nationalisten – wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Aufteilung nur analytischen Charakter hat, während in der Realität, wenn auch nicht zwangsläufig im historischen Prozeß, aber doch in der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft, diese Ebenen in eins fallen.

Die Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft beziehen sich in erster Linie als Warenbesitzer aufeinander. Das ist die vornehmliche Form der Kommunikation in dieser Gesellschaft. Die Menschen treten einander als

Vortrag, gehalten bei der Veranstaltung „Solidarität mit Öcalan?“ am 17. März 1999 im EKH

VON STEPHAN GRIGAT*

*) Stephan Grigat ist Politikwissenschaftler und Publizist in Wien.

Subjekte gegenüber, die durch den beabsichtigten Tausch bereits auch Rechtssubjekte sein müssen. Der Warentausch erfordert daher von vornherein staatliche Herrschaft, die sich positiv auf das Prinzip des Äquivalententauschs bezieht und die gegenseitige Respektierung der Menschen als freie Besitzer der Waren letztinstanzlich durch seine Gewalt garantiert. Genau in diesem recht simplen, aber gar nicht angenehmen Sachverhalt steckt dann auch schon so ziemlich die ganze Wahrheit des bürgerlichen Schlachtrufs von Freiheit und Gleichheit, der bekanntlich bei der historischen Konstitution der Nation eine entscheidende Rolle gespielt hat.

Die im kapitalistischen Produktions- und Tauschprozeß angelegte Abstraktion, die dazu führt, daß simple Gebrauchsdinge, die menschliche Bedürfnisse befriedigen können, in der Form von Waren und daher als Werte erscheinen, wäre folgenlos und bliebe sozusagen eine nur gedankliche Abstraktion, gegen die eigentlich nicht viel einzuwenden wäre, da sie niemandem schadet und jenen, die glauben, sie vornehmen zu müssen, offenbar ein intellektuelles Vergnügen bereitet. Die im Tausch angelegte Abstraktion gerät aber eben gerade zu so etwas, was man Realabstraktion nennt. Und dafür, unabhängig davon, daß diese Realabstraktion im Tauschvorgang selber angelegt ist, bedarf es der staatlichen Gewalt oder auch einer anderen, wie der mafiotischen oder einer befreiungsnationalistischen Gewalt. Diese wie auch immer geartete Gewalt garantiert die Warenförmigkeit der Dinge und sanktio-

niert jeglichen Verstoß gegen das auch den meisten Linken heilige Prinzip des gleichen Tauschs. Das Willensverhältnis der Warenbesitzer, also der Wunsch, ihre unterschiedlichen Waren aufeinander zu beziehen, wird zu einem Rechtsverhältnis, dessen deutlicher Ausdruck das Geld, also das allgemeine Äquivalent ist – jenes Medium, das vom Staat gestiftet wird und über das die Kommunikation der Warenmonaden abgewickelt wird.

Die Warensubjekte sind also als nichtstaatliche Subjekte kaum denkbar. Sie wollen den Staat oder besser: sie müssen ihn wollen. Und zwar unabhängig davon, welche Waren sie besitzen und verkaufen, also unabhängig davon, ob sie irgendwelche Industriegüter oder eben mangels anderer Möglichkeiten ihre Arbeitskraft verkaufen. Das ist ein entscheidender Punkt, weil hier klar wird, warum sowohl der Staatsfetischismus als auch der Nationalismus klassenübergreifende Phänomene sind.

Nun wäre es aber völlig falsch, die Nation als rationales Beiwerk des Warentauschs zu begreifen. Die moderne Nation muß vielmehr als ein Selbstläufer begriffen werden, der, einmal in die Welt gesetzt, nicht unmittelbar aus der Wertverwertung heraus erklärt werden kann, sondern vielmehr ein sowohl ergänzendes als auch konkurrierendes fetischistisches Prinzip zur fetischistischen Wertproduktion und zum Warentausch darstellt. Der Nationalismus setzt sich mitunter – gerade heute – auch gegen seine eigene Grundlage, die tendenziell global agierende und expandierende Wertverwertung, gewalttätig durch. Nationalismus

kann unter anderem aus diesem Grund auch als antikapitalistischer daher kommen, ist aber gerade in dieser Ausformung fast immer nur die volksgemeinschaftliche Verteidigung des gerechten Tauschs. Derartige führt dann gerade auch in der traditionellen Linken zu allerlei Hirngespinnsten.

Nationale und soziale Frage

Im schlimmsten Fall will die traditionelle Linke mit den Rechten um die Besetzung der „nationalen Frage“ ringen. Vor allem aber will die Bewegungslinke mit den Nazis und anderen um die Beantwortung dessen konkurrieren, was immer als linker Gegenpart, als emanzipative Antwort auf die vermeintlich von rechts aufgeworfene „nationale Frage“ gehandelt wird: sie will um die Beantwortung der „sozialen Frage“ konkurrieren. Sie weigert sich dabei beharrlich, anzuerkennen, daß diese Frage – insbesondere in postnationalsozialistischen Ländern wie Deutschland und Österreich – immer auch schon ein Teil der Antwort ist: der positive Bezug auf den Staat als imaginierten kollektiven Garanten des Allgemeinwohls des Volkes.

Die zahlreichen Kritiker und Kritikerinnen des Antinationalismus betrachten den Nationalismus ihrer Klientel nur als „von oben“ aufoktroierte Ideologie. Sie tun das notwendigerweise, da ihnen sonst der vorbehaltlose positive Bezug auf das Volk, die Massen oder die Arbeiter- und Arbeiterinnenklasse versagt wäre. Jener Form antinationaler Kritik hingegen, wie ich sie hier in Umrissen darzustellen versuche, geht es darum, die Bewußtseins-

formen der bürgerlichen Subjekte als notwendigen Ausdruck der fetischistischen Wertverwertung, also der unbegriffenen Kapitalanhäufung, der nicht verstandenen und sich hinter dem Rücken der Beteiligten durchsetzen den Vergesellschaftung zu dechiffrieren. Die bürgerliche Subjektivität, die Warentausch und -produktion will und wollen muß, muß auch das organisierte Gewaltmonopol wollen – den Staat. Da dieser in Form des Nationalstaates existiert, ist die Verkörperung der Warenmonade sowohl in ihrer bourgeoisen als auch in ihrer proletarischen Ausprägung – um das nochmals zu betonen – nur als aktiver Nationalist oder aktive Nationalistin zu haben. Da die Affirmation von Tausch, Staat und Nation den Subjekten aber keinerlei Garantie ihrer produktiven Verwertung, die in der kapitalverwertenden Gesellschaft für die große Mehrheit der Menschen die einzige Möglichkeit individueller Reproduktion bietet, gibt, drängen sie permanent zur Artikulation einer konformistischen Revolte. Ausdruck dieser konformistischen Revolte sind Antisemitismus und Rassismus, die ebenso wie der Sexismus als Basisideologien des warenproduzierenden und nationalstaatlichen Systems begriffen werden müssen.

Hier drängt sich der für die Diskussion über Befreiungsnationalismus natürlich nicht uninteressante Hinweis auf, daß die Nation also strukturell immer schon den Antisemitismus in sich birgt. Und daß es sich hier nicht um eine abstrakte Erörterung um ihrer selbst willen handelt, zeigt sich beispielsweise daran, daß in der mittler-



weile verbotenen prokurdischen Zeitung „Özgür Ülke“ 1994 ein Text unter dem Titel „Der Spezialkrieg und das Judentum“ erschienen ist, in dem der mit dem kurdischen Nationalismus bisher erfolgreich konkurrierende türkische Nationalismus als weitere Perfidie der jüdisch-zionistisch-freimaurerischen Weltverschwörung geoutet wurde. Dieser Text hat zwar zu einigen Diskussionen in der europäischen Soliszene geführt, meines Wissens aber nicht zu einer eindeutigen Distanzierung seitens der PKK-Führung.

Die aus dem Fetischismus der bürgerlichen Produktionsweise resultierende negative Vergesellschaftung bringt die Notwendigkeit einer verdinglichten Darstellung der gesellschaftlichen Beziehungen hervor. Die Herrschaft der abstrakten Wertverwertung erzwingt offenbar die Existenz der Nation als etwas scheinbar Allgemeines und Wahres. Die Nation dient als positives Konkretum, auf das sich die Subjekte, die sich ja nicht, wie es in der Ideologie der Alltagssprache beschöni-

gend heißt, als Tauschpartner, sondern vielmehr als Tauschgegner gegenüber treten, kollektiv beziehen und mit dem sie sich gemeinschaftlich identifizieren können. Das bürgerliche Subjekt ist nicht in der Lage, Identität aus sich selbst zu gewinnen. Seine Bestimmung ist es, verwertbar und herrschaftskompatibel zu sein. Es muß, soll und will sowohl produktiv als auch staatsloyal sein. Gerade ersteres, also seine Betätigung als produktiv benutz-, vernutz- und verwertbarer Kapitalteil, wird ihm aber immer wieder verwehrt. Um die Identität dennoch aufrecht erhalten zu können, wird es um so loyaler, dient sich, vom Kapital verstoßen, um so heftiger dem Souverän an, dem man in letzter Konsequenz das eigene Leben zur Verteidigung der Nation anbietet – eine allgemein theoretische Feststellung, die sich jedoch zumindest ansatzweise auch empirisch untermauern läßt: Vor allem in Ostdeutschland, aber auch in den strukturschwachen Regionen Westdeutschlands oder Österreichs läßt sich seit

2.0

Jahren eine Entwicklung bei jugendlichen Männern beobachten, die in etwa mit „je arbeitsloser, desto Bundeswehr oder -heer“ beschrieben werden kann.

Die Identifikation mit der Nation ist dabei – wie bereits angedeutet – freiwillig und erzwungen zugleich. Die Rekrutierung der Staatsbürger erfolgt, ohne diese nach ihrem Einverständnis zu fragen – eine Unverschämtheit, die heutzutage als Selbstverständlichkeit durchgeht. Kaum ist man auf der Welt, noch bevor man seinen ersten Laut von sich gibt, ist man schon für das nationale und staatliche Kollektiv zwangsverpflichtet. In der Regel stimmen die bürgerli-

chen Subjekte dieser Verpflichtung später aber auch zu, meistens nach ersten Erfahrungen mit rechtlich nicht abgesegneter Enteignung von Privateigentum – also wenn man mal beklaut wird – spätestens aber dann, wenn die eigene Arbeitskraft nicht mehr als produktiv gilt und man seine Rechte daher wenigstens damit legitimieren möchte, daß man doch – im Gegensatz zu den durch die nationalstaatliche Einteilung dieser Welt fabrizierten Ausländerinnen und Ausländern – als Zugehöriger zur Nation sein Lebensrecht trotz Unproduktivität noch nicht verwirkt hat. Aber auch ohne solche privaten oder gesellschaftlichen Krisensituationen gilt die Nation und ihr Staat als Einrichtung zum Wohle aller, als Garant, je nach Möglichkeit, Kapital zu verwerten oder die eigene Arbeitskraft zu verkaufen. Die Krise als Normalzustand kapitalistischer Produktionsweise ist dabei aber trotzdem nicht zu vernachlässigen, denn diese Dauerkrise ist es meiner Einschätzung nach letztlich, die die Potentialität des faschistischen Wahns in jedem noch so demokratisch und humanistisch erzogenen bürgerlichen Nationalstaats-subjekt verankert. Als kennender Nationalist sieht sich das bürgerliche Subjekt in einem – wie Joachim Bruhn das einmal sehr treffend formuliert hat – permanenten Zweifrontenkrieg gegen die vermeintlich Überwertigen und die – im Sinne der Wertlogik kapitalistischer Produktion im wahrsten Sinne des Wortes – Minderwertigen. Gegen erstere richtet sich dann der Antisemitismus, gegen letztere der Rassismus des keineswegs zwangsläufig faschistischen,

sondern durchaus auch des normaldemokratischen, mitunter ebenfalls –wie leider auch in Wien immer wieder feststellbar – des linksradikalen Nationalstaatsbürgers.

Eine antinationale Kritik greift also die Nation als Bündelung des wertfetischistischen und damit strukturell antisemitischen, rassistischen und sexistischen Bewußtseins an. Nimmt sich derartige Kritik selber ernst, ist ihr natürlich die bewußtlose Fortsetzung des taktierenden Praktizismus versagt. Darin ist meiner Einschätzung nach auch der Grund zu suchen, warum solche Kritik permanent auf aggressive Abwehrreaktionen trifft. Zur Nation und zum Nationalismus kann es kein taktisches, strategisches oder – wie die gebildeteren Bewegungsmarxisten und -marxistinnen dann sagen – dialektisches Verhältnis geben, sondern die Nation kann nur Gegenstand der radikalen, auf Abschaffung zielenden Kritik sein – anders gesagt: die Nation ist so ziemlich das Hinterletzte und eine Linke, die sich in irgendeiner Form heute positiv auf sie bezieht, wird kein Jota zu einer Emanzipation beitragen können

Nationalismus oder Befreiung

Vor dem hier skizzierten Hintergrund ist die Begeisterung für nationale Befreiungsbewegungen natürlich völlig irrsinnig, wenn auch vielleicht verständlich, also verständlich nicht im Sinne von „irgendwie schon akzeptabel“, sondern im Sinne einer Ideologiekritik, die das Verstandene als Falsches kenntlich macht. Das Hauptproblem der linken Begeisterung für die nationale Befreiung im Trikont – und zum Teil ja

- 1 *Im ersten Teil meiner Ausführungen folge ich weitgehend der Argumentation von Rudow, Gerhardt: Nationalismus und Ökonomie. Territorialstaat und globaler Kapitalismus. in: Bahamas, Nr. 16, 1994/95, S. 40 ff. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß auf Grund der Kürze die Ausführungen zum Teil recht allgemein bleiben, also einige durchaus nicht zu vernachlässigende Differenzierungen wie beispielsweise jene zwischen republikanischem und völkischem Nationalismus nicht eigens thematisiert werden.*
- 2 *Dabei ist zu berücksichtigen, daß vielen an die Macht gelangten Befreiungsbewegungen auf Grund des stummen Zwangs der Verhältnisse, aber auch auf Grund der jahrelangen Arbeit der gar nicht stummen Konterguerillas oft nichts anderes übrigblieb (vor allem nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers), als sich zumindest partiell dem Weltmarkt und damit automatisch der Warenlogik anzuliefern. Außerdem sieht man gerade in den Trikontländern sehr deutlich, daß das, was hier unter dem Titel „bürgerliche Subjektivität“ behandelt wurde, zwar teilweise auf Grund der fetischistischen Struktur einer kapitalakkumulierenden Ökonomie scheinbar wie von selbst entsteht, aber eben auch – gerade im Falle des Kolonialismus – gewaltsam gesetzt wird. Das Problem ist nur, daß heute die meisten nationalen Befreiungsbewegungen eher zur Zementierung dieser gewaltsamen Setzung beitragen, anstatt sie zu kritisieren.*
- 3 *In den letzten Jahren sind von (ehemaligen) PKK-Frauen auch Vergewaltigungsvorwürfe gegenüber Öcalan laut geworden. Anstatt sich damit ernsthaft auseinanderzusetzen, reagieren die Anhänger von „biji serhok APO“ darauf wie beim diesjährigen Newroz-Fest am Wiener Heldenplatz mit Transparentaufschriften wie „Öcalan ist ein Symbol für die Freiheit der türkischen Frau“.*

nicht nur da, wenn man etwa an die Begeisterung vieler Linker angesichts der deutschen Wiedervereinigung denkt – sehe ich darin, daß große Teile der Linken mit ihrem verkürzten Imperialismusverständnis – und das ist in der Regel die Grundlage für die Legitimation des Befreiungsnationalismus – Herrschaft auf Fremdherrschaft und Kapitalismus auf Ausbeutung durch fremdes Kapital reduziert haben. Die unkritische Bezugnahme auf den Befreiungsnationalismus im Trikont führte und führt zur Affirmation von Herrschaftskategorien wie Staat, Nation und Volk. Daß Staat, Nation und Volk gerade auch im Trikont so hoch im Kurs stehen, hat damit etwas zu tun, daß es fast allen Befreiungsbewegungen immer nur um eine eigenständige, mitunter auch alternativ gestaltete Warenproduktion gegangen ist, also nie um einen prinzipiellen Bruch mit der fetischistischen Wertlogik der bürgerlichen Produktionsweise, also um eine grundlegende Kritik der Grundkategorien bürgerlicher Ökonomie wie Ware, Wert und Geld. In den vorangegangenen Ausführungen sollte klar geworden sein, daß in diesem fortgesetzten positiven Bezug auf den Tausch als zentralem Prinzip der Vergesellschaftung die Affirmation von Staat und Nation nahezu zwangsläufig angelegt ist.² Ein Antiimperialismus, der durch sein verkürztes, in der Regel in der unseligen Tradition des Marxismus-Leninismus stehendes, Staat, Nation und Volk affirmierendes Imperialismusverständnis zwischen der Kritik imperialistischer Politik einerseits – die ja nachwievorr richtig und notwendig ist – und der vor-

behaltlosen Parteinahme für die Opfer solcher Politik – und vor allem für jeden Schwachsinn, den diese, wie alle anderen Menschen auch, mitunter so von sich geben – andererseits nicht unterscheiden kann, solch ein Antiimperialismus führt meiner Meinung nach nahezu zwangsläufig zur Kollaboration mit diversen Diktatoren, völkischen Nationalisten und Antisemiten. Und damit wären wir bei Abdullah Öcalan.

Das „einerseits“ wäre in diesem Fall ganz einfach die selbstverständliche Kritik an der rechts-autoritären, semi-faschistischen Herrschaftsausübung in der Türkei, also auch an sämtlichen Repressionsmaßnahmen des türkischen Staates gegenüber der kurdischen und türkischen Bevölkerung. Das „andererseits“ ist die vorbehaltlose Solidarität mit einem spezifischen Opfer dieser Repression, nämlich Abdullah Öcalan. Wer sich mit Öcalan solidarisiert, wer Bilder von ihm auf Demos rumträgt oder in Lokalen aufhängt, sollte sich zumindest dessen bewußt sein, daß hier von einem Mann die Rede ist, der gegen den Kosmopolitismus wettet und die BRD als Modell eines sozialistischen Staates anpreist, der nach einem vermeintlich „echten Islam“ strebt, Alkoholkonsum verbietet und rigide gegen sexuelle Beziehungen vorgeht, sich für „absolut fehlerlos“ hält und glaubt in einer „göttlichen Verbindung“ zu seiner Gefolgschaft zu stehen, der die Argumentationen deutscher Überfremdungs-hysteriker und Rassisten durchaus nachempfinden kann und ein geradezu glühender Anhänger der Todesstrafe ist, und dem nicht

zuletzt von ehemaligen Mitkämpfern und Mitkämpferinnen zahlreiche Hinrichtungs- und Folterbefehle, vor allem gegen Leute aus den eigenen Reihen, vorgeworfen werden.³

Die PKK ist ein Paradebeispiel für eine Bewegung, bei der die ohnehin nur zaghaft vorhandenen emanzipativen Elemente durch den Nationalismus völlig überlagert werden. Selbst noch die Klassenwidersprüche in der kurdischen Gesellschaft werden von ihr in nationalen Kategorien gedacht. Öcalan beklagte sich 1994 über den mangelnden Patriotismus seiner Gefolgschaft und wetterte dagegen, daß die Kurden und Kurdinnen „reihenweise, scharenweise ihr tausendjähriges Heimatland (verlassen), um ihren Bauch zu füllen.“ Jakob Bauer bemerkte dazu bereits damals in „Konkret“ völlig zu recht: „Mit soviel praktischer Vernunft der Basis könnte vielleicht ein sozialrevolutionärer Anführer etwas anfangen – ein Nationalist sieht da kein Land mehr.“ Bei der Solidarität mit Öcalan – die ja keineswegs die Voraussetzung ist, um dagegen zu sein, daß jemand vor laufenden Kameras gedemütigt und vermutlich durch die türkische Staatsgewalt umgebracht wird – geht es also, wenn man auch nur einen Bruchteil der gegen Öcalan ja nicht nur von der konservativen Presse, sondern von linken Kritikern und Kritikerinnen ebenso wie von Menschenrechtsorganisationen erhobenen Vorwürfe für gerechtfertigt erachtet, um die Verbrüderung mit einem ex-stalinistischen, heute nur mehr völkisch-nationalistischen Genossen- und Genossinnenmörder.

Literatur:

- Bauer, Jakob: *Durchs wilde Kurdistan. in: Konkret, Nr. 11, 1994, S. 27 ff.*
- Bruhn, Joachim: *Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation. Freiburg i. Br. 1994*
- Cürükkaya, Selim: *PKK. Die Diktatur des Abdullah Öcalan. Mit einem Vorwort von Günter Wallraff und einem Interview Günther Wallraffs mit Abdullah Öcalan. Frankfurt/M. 1997*
- Gruppe demontage: *Postfordistische Guerilla. Vom Mythos nationaler Befreiung. Münster 1998*
- Marx, Karl: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin 1974 (1867)*
- Rudow, Gerhardt: *Nationalismus und Ökonomie. Territorialstaat und globaler Kapitalismus. in: Bahamas, Nr. 16, 1994/95, S. 40 ff.*

Gesellschaftliches Marodieren

Ungeordnete Mosaiksteine eines Zerfalls

Was macht eine Gesellschaft, wenn sie an die Grenzen ihrer Entwicklung stößt? Unsere These lautet: Sie verfällt nicht in Wohlgefallen, sondern wird noch einmal all ihre destruktiven Kräfte entfalten. Jeder Niedergang setzt zerstörerische Energie frei, die alles andere als automatisch in Emanzipation umschlägt.

VON FRANZ SCHANDL*

Marod meint hier nichts anderes, als, daß etwas noch existenzfähig ist, aber nicht mehr entwicklungsfähig, als Ganzes nicht mehr weiter weiß und kann, ohne daß es schon hinüber ist. Wo vieles marod ist, treten in den verschiedensten Bereichen *Marodeure* auf den Plan. Sie sind interessiert die noch bestehenden Vermögen (Werte, Stimmen, Leistungen etc.) mit geringfügiger Anstrengung in Besitz zu nehmen. Ein hohes Maß an Rücksichtslosigkeit bei der Verwirklichung ihrer Ziele ist dabei zu beobachten. Zeichen des Marodierens ist, daß es die gesellschaftlichen Destruktivkräfte gar nicht erst destruieren will, sich ihnen nicht nur anzupassen versteht, sondern diese unregelmäßig betreibt. Sie nimmt hin, richtet sich ein, und nützt aus. Ihr Ideal ließe sich typisieren als ein absolut konstruktives Verhalten zur Destruktivität.

Eine Verbindung von Marodeuren zum Zweck des Marodierens nennt man *Bande* (gang, racket). Die Bande ist die praktische Inversion der Emanzipation. Bande kann somit stehen für postpolitische Gruppierungen, für Jugendbanden, für organisierte Kriminalität, aber auch für eine investigierende Journalistin. Ihre Äußerungsformen sind vielfältig, was sie charakterisiert, ist das unmittelbare Hervortreten des informellen Cliquenwesens, das sie im Gegensatz zum Staat nicht mehr verstecken, sondern ungezügelt ausleben will. Banden

gemeinsam ist, daß sich im unmittelbaren Zugriff ihr Zweck erschöpft, auch wenn er sich stets wiederholen muß. In ihren Mitteln sind sie nicht wählerisch. Ihr Ziel unterscheidet sich nicht von der Etappe. Sie kennt Konsequenz, aber nicht Perspektive. Sie will nicht Macht, sie macht Beute.

Die Marodeure sind die letzten Profiteure der Beschleunigung kapitalistischen Treibens, das aber nicht mehr konventionell funktionieren kann. Selbst Getriebene, sind sie das blankeste Modell der Entrechtlichung und Entreglementierung. Wenn der schlanke Staat die Verbrecherbande ist, wie Gerhard Scheit meint, dann ist der diesbezügliche „Kriminelle“ das vollständig atomisierte und flexibilisierte Individuum, das freilich in seiner Ohnmacht eben nach der Bande schreit, um seiner Verlassenheit vom Staat – sei es der Nationalstaat, der Rechtsstaat, der Sozialstaat – zu entgehen.

Die Bande, obwohl Ausdruck des nationalen Zerfalls, ist aber nicht per se nationalistisch, auch wenn die Beweggründe, ihr teilhaftig zu werden, ähnlich gelagert sind. Bei der Bande wie beim Staat geht es darum, einer exklusiven Form der Verbindung anzugehören. Eine volksgemeinschaftliche Aufladung der Bande ist möglich, aber nicht zwingend. Wie stark sie sich nationalistisch oder rassistisch betätigt, ist nicht aus der Form ableitbar, sondern ergibt sich aus ihren spezifi-

schen Bezügen zur Totalität. In bestimmten Situationen kann es so durchaus zu Bündnissen zwischen Bande und Staat kommen, können Banden in das Gemeinwesen als wesentlicher Bestandteil eingegliedert werden. Prototypen dafür wären Figuren wie Arkan und seine Tigertruppen in Serbien oder Kapetan Dragan in Kroatien. Diese Banden gerieren sich dann als Speerspitzen nationaler Selbstbestimmung, konsequent bis zum Greuel. Vor allem der gemeinkriminelle Hintergrund befähigt ihre Führer zu nationalen Heroen.

Klassisches Verbrechen

Die handfesten Zusammenhänge von bürgerlicher Vergesellschaftung und Kriminalität beschrieb Karl Marx einstmalig so:

„Ein Philosoph produziert Ideen, ein Poet Gedichte, ein Pastor Predigten, ein Professor Kompendien. Ein Verbrecher produziert Verbrechen. Betrachtet man näher den Zusammenhang dieses letzten Produktionszweigs mit dem Ganzen der Gesellschaft, so wird man von vielen Vorurteilen zurückkommen. Der Verbrecher produziert nicht nur Verbrechen, sondern auch das Kriminalrecht und damit auch den Professor, der Vorlesungen über Kriminalrecht hält, und zudem das unvermeidliche Kompendium, worin dieser selbe Professor seine Vorträge als ‚Ware‘ auf den allgemeinen Markt wirft. Damit tritt Vermehrung des Nationalreichtums ein.“

*) Franz Schandl ist Historiker und Publizist in Wien.

Der Verbrecher produziert ferner die ganze Polizei und Kriminaljustiz, Schergen, Henker, Geschworene usw.; und alle diese verschiedenen Gewerbszweige, die ebenso viele Kategorien der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bilden, entwickeln verschiedene Fähigkeiten des menschlichen Geistes, schaffen neue Bedürfnisse und neue Weisen ihrer Befriedigung. Die Tortur allein hat zu den sinnreichsten mechanischen Erfindungen Anlaß gegeben und in der Produktion ihrer Werkzeuge eine Masse ehrsammer Handwerksleute beschäftigt.

Der Verbrecher produziert einen Eindruck, teils moralisch, teils tragisch, je nachdem, und leistet so der Bewegung der moralischen und ästhetischen Gefühle des Publikums einen ‚Dienst‘. Er produziert nicht nur Compendien über das Kriminalrecht, nicht nur Strafgesetzbücher, sondern auch Kunst, schöne Literatur, Romane und sogar Tragödien, wie nicht nur Müllners ‚Schuld‘ und Schillers ‚Räuber‘, sondern selbst ‚Ödipus‘ und ‚Richard der Dritte‘ beweisen.

Der Verbrecher unterbricht die Monotonie und Alltagssicherheit des bürgerlichen Lebens. Er bewahrt es damit vor Stagnation und ruft jene unruhige Spannung und Beweglichkeit hervor, ohne die selbst der Stachel der Konkurrenz abstupfen würde. Er gibt so den produktiven Kräften einen Sporn. Während das Verbrechen einen Teil der überzähligen Bevölkerung dem Arbeitsmarkt entzieht und damit die Konkurrenz unter den Arbeitern vermindert, zu einem gewissen Punkt den Fall des Arbeitslohns unter

das Minimum verhindert, absorbiert der Kampf gegen das Verbrechen einen andern Teil der Bevölkerung. Der Verbrecher tritt so als eine jener natürlichen „Ausgleichungen“ ein, die ein richtiges Niveau herstellen und eine ganze Perspektive „nützlicher“ Beschäftigungszweige auftun.

Bis ins Detail können die Einwirkungen des Verbrechers auf die Produktivkraft nachgewiesen werden. Wären Schlösser je zu ihrer jetzigen Vollkommenheit gediehen, wenn es keine Diebe gäbe? Wäre die Fabrikation von Banknoten zu ihrer gegenwärtigen Vollendung gediehen, gäbe es keine Falschmünzer? Hätte das Mikroskop seinen Weg in die gewöhnliche kommerzielle Sphäre gefunden ohne Betrug im Handel? Verdankt die praktische Chemie nicht ebensoviel der Warenfälschung und dem Bestreben, sie aufzudecken, als dem ehrlichen Produktionseifer? Das Verbrechen, durch die stets neuen Mittel des Angriffs auf das Eigentum, ruft stets neue Verteidigungsmittel ins Leben und wirkt damit ganz so produktiv wie Streiks auf Erfindung von Maschinen.

Und verläßt man die Sphäre des Privatverbrechens: Ohne nationale Verbrechen, wäre je der Weltmarkt entstanden? Ja, auch nur Nationen?“¹

New criminal

Für Marx war das Verbrechen eine zivilisatorische Beigabe, ein Treibmittel der Modernisierung, nicht ihr Hindernis. Heute fragt sich jedoch, ob das Verbrechen nicht eine neue Dimension beschreitet, es nicht mehr bloß Funktion, sondern Überfunktion geworden ist,

nicht Zusatz, sondern immer mehr Substitut gesellschaftlicher Handlungsabläufe.

Unsere These ist nun, daß die Kriminalitäten neue Qualitäten annehmen. Bisher glich *Kriminalität* stets Strukturdefizite aus, ohne selbst strukturell bestimmend zu werden: Sie ist die von der Norm abweichende Abnorm, die ihr doch immer zugehörig ist. Sie verblieb meist am Rande des gesellschaftlichen Daseins, auch wenn sie mehr berührte, als man immer glauben will. Der Aspekt, den Marx noch als einen Stachel der Gesellschaft benennen konnte, der weitete sich nun aber aus, wird bestimmender, ergreift neue Bereiche. Das Verbrechen entwächst also seinem gesellschaftlichen Rahmen. Die Frage ist nur: Wohin entweicht es, wenn es eigentlich nicht entweichen kann?

Fundiertere Analysen dieser Entwicklung liegen bisher noch nicht vor. Eine gesellschaftskritische Theorie des Zerfalls bürgerlicher Gesellschaft gibt es nur in ersten Ansätzen. Die meisten Publikationen, die das rein Empirische überschreiten, beklagen entweder bloß die Gefahren für die Demokratie, die sie wiederum uneingeschränkt beschwören (z.B. Jean Ziegler),² oder sie applaudieren umgekehrt die Notwendigkeit der Mafia für den Aufstieg der Wirtschaft. Edward Luttwak, der am Zentrum für strategische und internationale Studien in New York arbeitet, schreibt in einem Artikel, der bezeichnenderweise den Titel „Hat die russische Mafia den Nobel-

1 Karl Marx, *Theorien über den Mehrwert*, MEW, Bd. 26.1, S. 365-366.

2 Jean Ziegler, *Die Barbaren kommen. Kapitalismus und organisiertes Verbrechen*, München 1998.



2.25

preis für Ökonomie verdient?“³ trägt, in bewundernswerter Naivität: „Die politische Bedrohung ist durchaus real, doch rein wirtschaftlich gesehen ist die Binsenweisheit ein großer Irrtum. Zunächst einmal übersieht sie die natürliche Evolution des kapitalistischen Tieres. Die fetten Kühe, die entwickelte Wirtschaftssysteme bevölkern – stabile, hochkapitalisierte Unternehmen, die gesicherte Arbeitsplätze bieten, in vollem Umfang ihre Steuern zahlen, in neue Anlagen investieren, neue Technologien entwickeln und für Wohlfahrtsverbände und Kultur spenden – waren solche nicht von Geburt an. Sie waren magere, hungrige Wölfe, als sie ursprünglich ihr Kapital akkumulierten, und zwar durch die Eroberung von profitablen Marktchancen, nicht selten durch Ausschaltung der Konkurrenten

mit Mitteln, die die heutigen Kommissionen zur Monopolkontrolle nicht mehr tolerieren würden; und durch Kostensenkung auf jede nur erdenkliche Weise, einschließlich sämtlicher Tricks der Steuerhinterziehung, mit denen man irgendwie durchkam.“⁴ „Wären die jeweiligen Polizeikräfte effektiv genug gewesen, um die Hyänen zusammenzutreiben und einzusperren, so wäre die wirtschaftliche Erholung von Westdeutschland, Italien und Japan erheblich langsamer vonstatten gegangen, und viele der erfolgreichen Unternehmer der Fünfziger und Sechziger Jahre wären nie in der Lage gewesen sich überhaupt zu etablieren. All das trifft auch für die russische Wirtschaft zu.“⁵

Luttwak denkt das Verbrechen also rein *modernisierungstheoretisch*, eben als nachholende Entwicklung, somit nicht als einen Aspekt des Zerfalls, sondern einen des Aufstiegs. Ähnlich äußert sich auch Viktor Timtschenko, der ein einschlägiges Buch über die russische Mafia und ihre Machenschaften verfaßt hat: „Was objektiv

gut ist, kann subjektiv für den einzelnen schrecklich sein. Objektiv ist es für Rußlands Zukunft sicher gut, daß sich das Eigentum schnell und in großen Mengen in wenigen Händen konzentriert hat.“⁶ Was aber auch heißt: „Die Privatisierung, zumal eine hastige, ist geradezu eine Goldgrube für das Organisierte Verbrechen und bedeutet eine weitere Kriminalisierung des ohnehin im erheblichen Maße kriminellen russischen privaten Geschäftsbereichs.“⁷

Sozialer Showdown

Der Staat sei keine Wärmestube, argumentieren die, die die soziale Kälte zum Programm erhoben haben. Wer sich nicht warm anziehen kann, soll erfrieren. Wenn in den Köpfen „Jeder ist seines Glückes Schmied“ als intransigente Leitlinie durchgesetzt ist, welche Pläne muß jener schmieden, dem das Glück des Marktes nicht hold ist? Die bürgerliche Psyche kann, von allerlei sozialstaatlichen und sozialistischen Illusionen gesäubert, nur in der Willkür ihr Gesetz erkennen. Was auch meint: Jeder ist seine beste Waffe! Jeder ist sein eigener Richter! Jeder kann Herr sein! Positiv denken! Bürgerliche Freiheit ist in ihrem Endstadium nicht anderes als das Faustrecht des Stärkeren. Sie ist die durchgesetzte Despotie des Marktes.

Die Bereitschaft zu „asozialem“ Handeln nimmt zu mit dem sozialen Verfall, der übrigens nicht als soziale Positionierung von Klassen gesehen werden darf. Es geht nicht um die Klassenzuordnung, sondern um die *Deklassierung*, was meint, daß die Menschen aus ihren Strukturen herausfallen, z.B. die Arbeit verlieren, aber Ar-

3 Edward Luttwak, *hat die russische Mafia den Nobelpreis für Ökonomie verdient?*, *Freibeuter* 67, März 1996, S. 47-54.

4 Ebenda, S. 48.

5 Ebenda, S. 49.

6 Viktor Timtschenko, *Rußland nach Jelzin. Die Entwicklung einer kriminellen Supermacht*, Hamburg 1998, S. 80.

7 Ebenda, S. 88.

beitsmonaden bleiben, kein Geld haben, aber Geldsubjekte sein müssen. Schon der Gedanke daran versetzt sie in Angst und Schrecken, die sie nun wiederum weiterreichen wollen. Die Deklassierung betrifft nicht nur das sogenannte Proletariat, sie ist allumfassend, auch wenn bestimmte Gruppen (z.B. staatliche Bürokratien im Westen) sich bisher noch besser abschotten konnten als andere. Was nun in Zeiten galoppierender Globalisierung blüht, das ist der marktwirtschaftliche Kannibalismus: Jeder gegen jeden!

Vor allem der soziale Showdown erweist sich – vorerst im Osten, bald vielleicht auch im Westen – als Verstärker krimineller Energie. Die allgemeine Gewaltbereitschaft nimmt zu, wo die politischen, sozialen und rechtsstaatlichen Mechanismen versagen. Diese Gewaltbereitschaft ist nicht umstürzlerisch, sie trägt *usurpatorischen* Charakter. Geld und Wert will sie sich nicht mehr bloß über Geschäft und Vertrag realisieren, sondern auch, ja oft primär durch die Beute. Der Übergriff bedarf keiner besonderen Legitimation. Er ist ein einfaches Zulangen.

Über den Zerfall der Staatsmacht im ehemaligen Ostblock schreibt Ernst Lohoff in seiner eben wieder äußerst aktuell gewordenen Studie über Jugoslawien: „Wenn die Staatsbediensteten mit keinem nennenswerten Einkommen aus Steuermitteln mehr rechnen können, sind sie darauf angewiesen, ihr Auskommen aus anderen Quellen zu sichern. Sie stehen vor der Wahl, ihre bisherige Funktion als Nebenbeschäftigung weiter brav zu erfüllen, aus dem gänzlich unbezahlten Dienst auszusteigen oder die ihnen zugefallene Position zur

irregulären Bereicherung auszunutzen. Aus dem idealiter symbiotischen Verhältnis zur Gesellschaft entlassen, nach wie vor aber mit hoheitlichen Rechten und den damit verbundenen Durchsetzungsmöglichkeiten ausgestattet, liegt es für Teile der staatlichen Apparate nahe, zur Plünderung der Gesellschaft überzugehen. Dieser Raubzug nimmt zum einen die vertraute Form von individueller oder weitmaschig organisierter Korruption und Bestechlichkeit an. In den Ländern der Dritten Welt, wo die Installation von Staatlichkeit zumeist nie mehr als ansatzweise gelang, spielten derartige Phänomene immer eine große Rolle. Mit der strukturellen Krise von Verwertung und Staatlichkeit verallgemeinert sie sich weltweit.“⁸

Fair is foul, and foul is fair

Eine Zuspitzung marktwirtschaftlicher Täuschung ist die *Fälschung*. Zurecht spricht man heute von einer regelrechten Konjunktur derselben. Wir unterscheiden hier zwischen *Warenfälschung*, *Geldfälschung* und *Optionenfälschung* (z.B. das Pyramidenspiel). Erstere und vor allem letztere wollen wir kurz vorstellen.

Ziel der Warenfälschung ist nichts anderes als die doppelte Simulation. Simuliert die Marke ein besseres Produkt, so simuliert die Fälschung den Markennamen. Ziel ist der schnelle Gewinn. Es geht darum, abzucashen. Die Fälschung ist nur die logische Konsequenz von Tausch und Werbung. Sie tut auf einer verbotenen Ebene etwas, was diese legal aufführen. Wobei die Gebrauchswertseite des stofflichen Produkts gar nicht schlechter sein muß als seine



Vorlage, wenngleich die Fälschung der Marke zumeist auch mit der Fälschung des Gebrauchswerts einhergehen kann. Das Imitat macht seinen Werbenachteil dadurch wett, daß es kaltschnäuzig einen falschen Titel behauptet (z.B. der russische Wodka, wie er in diversen tschechischen Grenzgeschäften den Touristen als Original zur Originalpreisen verkauft wird).

Besonders perfid ist das Pyramidenspiel, das Spekulationsgeschäft für den „kleinen Mann“. Die Geschichte russischer Pyramiden beschreibt Timtschenko so: „Die ersten wenigen Anleger bekamen in Rußland ihre Zinsen von dem Geld ausbezahlt, das die zweite Welle der Anleger einbrachte. Die ersten Anleger erzählten nun ihren Arbeitskollegen von dem Wunder, die wiederum kamen nach Hause und überraschten ihre Familien: ‚Im Kapitalismus liegt das Geld auf der Straße. Man muß nur mutig und risikobereit sein. (...) Morgen gehe ich auch hin.‘ Morgens standen

1.0

⁸ Ernst Lohoff, *Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg. Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung*, Unkel/Rhein-Bad Honnef 1996, S. 163.



2.7

Literaturtip: Viktor Timtschenko, Rußland nach Jelzin. Die Entwicklung einer kriminellen Supermacht, Rasch und Röhrling; Hamburg 1998. Brauchbar als erster Einstieg, wenn auch analytisch äußerst dürftig, und in seiner Stoßrichtung selbstverständlich bedenklich.

vor den Wechselstuben Schlangen von Menschen, die gutes russisches Geld gegen Schuldverschreibungen eintauschten. Ein weiterer Monat verging. Auch die zweite Welle der Anleger bekam ihr Geld. Die großzügigen Trusts zahlten und zahlten, Zinsen und Zinseszinsen, 20, 30, 40 Prozent monatlich! Heiliger Himmel, können Sie sich eine Rendite von 500 Prozent jährlich vorstellen? Könnten Sie sich zügeln, wenn Sie aus einem Dollar am Ende des Jahres fünf gewinnen? Der Ansturm auf die Wechselbuden war so groß, daß die Leute die ganze Nacht anstanden, um das Geld abzugeben.⁹ Die dritte Welle (geschweige denn nachfolgende) hat keinen Heller mehr davon gesehen.

Das Pyramidenspiel braucht zweifellos ausgewachsene Obskuranten als Kunden und Opfer. Doch wenn der kleine Mann vom großen Geschäft träumt, ist es mit der Rationalität seiner Entscheidung nicht mehr weit her. „Allen ist inzwischen klar, daß es so nicht weitergehen kann. Alle haben längst begriffen, daß es am Ende ein böses Erwachen geben wird. Alle wis-

sen, daß man solche ausbezahlte Renditen nicht erwirtschaften kann, daß das Geschäft also irgendwie anders läuft, nicht ganz legal, nicht ganz nach marktwirtschaftlichen, sondern nach anderen Prinzipien. Aber keiner will glauben, daß es ihn trifft.“¹⁰

Aber auch das Pyramidenspiel ist nicht so antimarktwirtschaftlich, wie es Timtschenko erscheint: Was unterscheidet es substantiell von der obligaten Spekulation, außer daß es in schlecht beleumundeten Pseudofirmen denn an hochangesehenen Börsen stattfindet? Und gibt es nicht auch hierzulande genug legale Pyramidenspiele, etwa bei der Verteilung und dem Verkauf bestimmter Produkte, wo hauptsächlich US-amerikanische Firmen nach einem Schneeballsystem Leute (abseits aller sozialrechtlichen Standards) als kleine Distributionsagenten ködern, deren Erfolg davon abhängig ist, wieviel Noch-Dümmere sie hinter sich scharen können?

Die Perversion des kapitalistischen Geschäftes mag zwar an der Pyramide überdeutlich sein, aber seien wir sicher: auch diese Perversion

ist eine Version! Die Pyramide jedenfalls paßt ganz ausgezeichnet zur allgemeinen Simulation des Geldes. Daß jene ausgerechnet in Albanien und Rußland ihre wildesten Orgien feierte, ist nicht darauf zurückzuführen, daß die Albaner und Russen blöder sind als andere, sondern daß das kapitalistische System dort als nichtfunktionierende Form ihre verrücktesten Verrücktheiten ausspielen muß. Im konkreten Fall erlaubt sie es den Geldsimulanten, ihre Opfer wahrlich von der Straße weg einzufangen. Diese Bauernfängerei ist ein Raubzug par excellence. Es ist geradezu der Aberglauben an die großen Kräfte des Marktes, der diese Menschen direkt in den Obskurantismus führt. Wer auf solches reinfällt, der ist freilich vor nichts mehr gefeit.

Der praktizierte Obskurantismus blüht an allen Ecken und Enden, er ist nicht einmal nach seiner Niederlage vor ähnlichem gefeit. Sogar einige Moskauer Rettungsgesellschaften zur Rückgewinnung des verlorenen Geldes waren oft von der selben Mafia organisiert.¹¹ Ja, die Geschädigten demonstrierten sogleich gegen Jelzin, forderten von ihm ihr Geld. Ähnliche Obskurantenbewegungen kennen wir übrigens auch in Österreich, etwa dann wenn dubiose(?) Banken zusammenbrechen, und Großanleger um ihr Geld fürchten. Dann pilgern die marktgeilen „Staatsfeinde“ zum Staat und fordern lauthals die Abdeckung des verlorenen Salärs.

Werteverfall als Verfall des Werts

Mit dem Verfall des Werts verfallen auch Geschäft und Vertrag. Das ist genau das, was man heute als Mangel an

Handschlagqualität (und nicht nur in der Wirtschaft), beschreibt. Die Moral jedoch, sie muß einfach zerbröseln, da sie in vielen Fällen einfach nicht leistbar ist. Ein obligater Betrieb, der eben Brötchen bäckt, Kleider näht, Ziegel herstellt – und diese anschließend verkauft, ist nicht ob seiner Vorhandenheit und Brauchbarkeit marktfähig, er muß da schon bestimmte Extras erfüllen. Nur entsprechendes Marketing führt zur Marktfähigkeit. Die (ohnehin falsche) Idylle friedlicher kleiner Kapitalien, die ist endgültig dahin, und es gibt zu ihr auch keinen Weg zurück. Man muß sich also etwas Besonderes einfallen lassen, um reuissieren zu können. Marke, Nische, Werbung werden immer unverzichtbarer.

Aber manchmal reichen nicht einmal sie mehr aus, sich geschäftsfähig zu erhalten. Was dann meint, daß sie oftmals durch kriminelle Energie (und die beginnt bei der offiziell tolerierten Steuerhinterziehung) ergänzt oder gar ersetzt werden müssen. Was aber als besondere Gier an der Oberfläche erscheint, ist Ausdruck basaler Drangsalierung der Geschäftssubjekte. Die Geschäftstüchtigkeit muß stets stärker zur Abzockermentalität tendieren, für den ehrlichen Makler ist in einer Welt andauernder Fiktionalisierung wenig Platz. Obligate Geschäfte rechnen sich immer weniger. Selbst die großen Gewinne von Produktionsbetrieben werden zunehmend am Geldmarkt und nicht am Warenmarkt erfochten.

Was droht, ist nicht, daß wir hinter den Rechtsstaat zurückfallen, sondern daß wir über ihn hinausfallen,



eben weil einerseits eine synthetische Überwindung nicht im Bereich der Möglichkeit ist, und andererseits seine Aufrechterhaltung auf immer größere Schwierigkeiten stößt.

Vom Gewaltmonopol zu den Gewaltpolen

Beruhet Schmiergeld noch auf Freiwilligkeit, so ist Schutzgeld stets an einen faktischen Zwang gebunden. Dominiert beim Schmiergeld noch der Käufer (der Leistung, der Ware, der Option), so ist das beim Schutzgeld nicht mehr der Fall, hier steckt der Verkäufer, der auch ein gemeiner Erpresser sein kann, die Bedingungen ab. Ist das Schmiergeld primär als konventionelle Konditionsverbesserung gedacht, die keineswegs erzwungen wird, so ist das Schutzgeld eine Funktionsbedingung der Transaktion. Schmiergeld meint also Zusatz, Schutzgeld hingegen Ersatz.

Schutzgeld bedeutet aber auch die Privatisierung von Steuer und Sozialleistung. Anstatt des Steuermonopols haben wir nun *Steuerpole*, anstatt des Gewaltmonopols

Gewaltpole. Anders als zum Staat, dem man ganz einfach via Staatsbürgerschaft zugehörig ist, kann man in diesem Pluralismus der Pole durchaus „freiere“ Entscheidungen der Hörigkeit treffen. Angebot und Nachfrage werden jedoch nicht nur vom Geld, sondern auch durch die brachiale Gewalt geregelt. „In Rußland ist unter Geschäftsleuten die grammatisch etwas zweifelhafte Frage üblich: ‚Unter wem stehst du?‘ oder ‚Wer ist dein Dach?‘.¹² Wo das Staatsdach undicht ist, muß unter anderen Dächern Unterschlupf gefunden werden.

Die Bande als Gewaltpol kann intern nach Regeln funktionieren, die durchaus wieder an seinen großen Bruder, das Gewaltmonopol erinnern. „Der Dieb muß ehrlich gegenüber anderen Dieben sein und darf alles tun, um die Autorität der Diebesgemeinschaft zu festigen. In den Freiheitsentzugsanstal-

2.1

9 Viktor Timtschenko, *Rußland nach Jelzin*, S. 90.

10 Ebenda, S. 91.

11 Ebenda, S. 103.

12 Ebenda, S. 118.

13 Ebenda, S. 72.

ten sollen die zur Gruppe gehörenden Diebe auf Ordnung im Sinne der Diebe achten.“¹³ Die Bande oder der Clan ist nicht nur der Nucleus des Staates, sondern auch sein verschlanktes und abgemagertes Ende. Wie andere Staatstätigkeiten, können auch spezifische Momente der Gewalt ausgelagert werden. Die Gewalt des Staates verschwindet deswegen aber keineswegs, sie konzentriert sich bloß auf bestimmte repressive Ressorts, deren Regelung aktuell kaum im Interesse der Privatisierung sein können (Grenzschutz, Fremdenpolizei, Extremistenverfolgung etc.). Der Reststaat selbst wird ein segmentierter Gewaltpol unter vielen, der eben spezifische Aufgaben wahrzunehmen hat.

Vergessen wir aber auch umgekehrt folgendes nicht: die Bereitschaft beim her-

kömmlichen Gewaltmonopol mitzuspielen, die ist nicht nur repressiv erzwungen und ideologisch durchgesetzt, sie ist auch banal erkaufte. Sozialleistungen sind staatliche Schutzgelder nicht nur zum Schutz der Bürger, sondern auch zum Schutz vor den Bürgern.

Der Faktor der Wirtschaftskriminalität, die von der üblichen Steuerhinterziehung bis zum großflächigen Wirtschaftskomplot reicht, wird dann zunehmen, wenn der Geschäftsverlauf immer weniger die notwendige Kapitalbildung einzelner Kapitale durch eine vom Wertgesetz bestimmte Akkumulation garantieren kann. Nimmt deren Verwertungskompetenz tendenziell ab, dann können sie auf dem Markt nur überleben, wenn sie aus Geldern gespeist werden, die nicht aus der unmittelbaren

telbaren Akkumulation entspringen.

Die zivilisierte Form ist der Zuruf des Marktes an den Staat gewesen, stets mit der Forderung verbunden, den Kräften des Marktes doch mit Staatsknete zum Durchbruch zu verhelfen. Argumente dafür (Standort, Arbeitsplätze) finden sich inzwischen freilich mehr als die notwendigen Gelder. Die barbarisierte Form ist die Rettung des Geschäfts ohne Geschäftsgrundlage, durch Ausweitung der obligaten Geschäftspraxen, was meint: illegale Deals, Zugriffe auf fremdes Eigentum, ja bis hin zu elementaren Verbrechen. Als Faustregel der sekundären Barbarisierung mag gelten (und dasselbe gilt auch für Recht, Politik, Demokratie, Freiheit etc.): *Verliert der Wert an Gewalt, gewinnt die Gewalt an Wert.*

Illegalisierung statt Asyl?

Eine Veranstaltung der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“

1938 war es Leo Glückselig, der aus Österreich flüchten mußte; 1999 sind es viele andere, die in Österreich Schutz vor Verfolgung suchen, doch dieser wird kaum mehr gewährt.

An den Außengrenzen wird vom Militär mit Unterstützung der Bevölkerung professionelle Menschenjagd betrieben. AsylwerberInnen wird Mißbrauch des Asylrechts unterstellt, sie werden präventiv bis zu 6 Monate in Schubhaft genommen, Hungerstreik ist der einzige Weg in die Freiheit.

Die Asylanerkennungsquote nähert sich dem Nullpunkt. Nach Abschluß des

Asylverfahrens ist von staatlicher Seite die Abschiebung geplant, oftmals ist diese wegen Gefährdung im Herkunftsland oder fehlender Reisedokumente nicht möglich. Die Flüchtlinge, denen die Schutzbedürftigkeit abgesprochen wurde, werden in die Illegalität und damit in die vollkommene Rechtlosigkeit gedrängt.

Der „europäische Lastenausgleich“ und das konzentrierte Vorgehen (Schengener und Dubliner Abkommen) führt dazu, daß nun alle Länder den Flüchtlingen gleichermaßen Schutz verweigern.

Was jedoch in diesem Zusammenhang oft vergessen wird: Illegalisierte sind Men-

schen mit den damit verbundenen Rechten – denn Menschenrechte sind unteilbar.

Mittels Impulsreferaten wird die Grenzregulierung und die Festung Europa und ihre Auswirkungen auf die Situation von Flüchtlingen beschrieben, den Wurzeln des Rassismus nachgegangen und besonders der Aspekt der Illegalisierung von Schutzbedürftigen thematisiert. Dazu werden Anny Knapp (Obfrau der asylkoordination Österreich, Herausgeberin des Buches „Menschenjagd“), Christoph Parnreiter (Lektor an der Universität Wien mit den Schwerpunkten Migration und Megacities) und Bukasa Di

Tutu (Leiter des Internat. Zentrums für afrikanische Perspektiven, Minderheiten- und Wissenschaftssprecher von „Die Bunten“) sprechen.

Die anschließende Diskussion will das Konstrukt der Illegalität, den Prozeß der Illegalisierung von Menschen, die dahinterstehenden Interessen vor dem Hintergrund des institutionalisierten Rassismus hinterfragen und mögliche Gegenstrategien entwickeln.

Musikalische Untermahlung bietet ZAMA, eine Percussiongruppe afrikanischer Jugendlicher aus Graz.

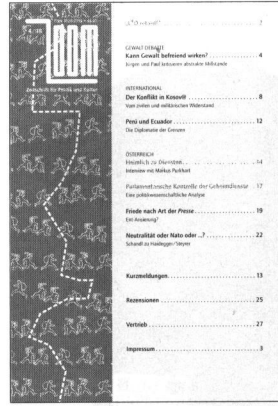
Mittwoch, 9. Juni, 19 Uhr
Kunsthalle Exnergasse
Eintritt frei.



ZOOM 2/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 3/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



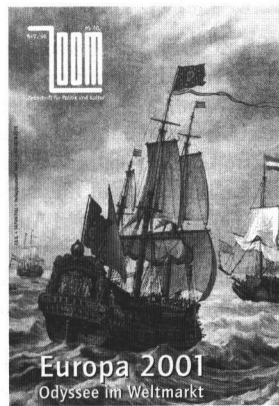
ZOOM 4/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



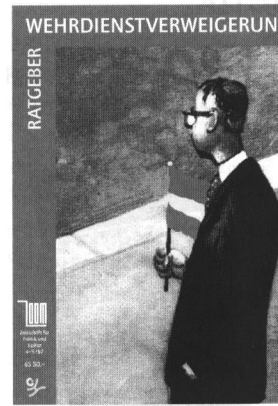
ZOOM 5/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



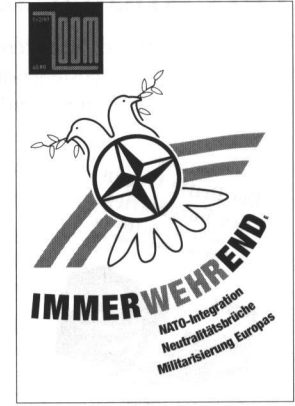
ZOOM 1/99
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 6+7/98
70,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 4+5/97
50,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 1+2/97
80,- ATS
zzgl. Versandkosten

Einzelheft-Bestellungen bitte schriftlich (faxlich) an: ZOOM, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Bestellschein

ZOOM-Einzelhefte (siehe oben)

____ Stück ZOOM0000 ZOOM Ausgabe _____
____ Stück ZOOM0000 ZOOM Ausgabe _____

ARGE Wehrdienstverweigerung (siehe umseitiges Angebot)

____ Stück TSHIRTASYL XL T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL
____ Stück TSHIRTASYL XXL T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL
____ Stück TSHIRTTOTAL S Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, S
____ Stück TSHIRTTOTAL L Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, L
____ Stück TSHIRTTOTAL XL Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, XL
____ Pkg. PRÄSERL Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück
____ Stück ANSTECKER Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“
____ Stück PLAKATTOTAL Plakat „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerer“

Kein Mensch ist illegal (siehe umseitiges Angebot)

____ Stück ILLEGALKL T-Shirt „Kein Mensch ist illegal“, schwarz, Aufdruck klein,
Größe ☐ M ☐ L ☐ XL
____ Stück ILLEGALGR T-Shirt „Kein Mensch ist illegal“, schwarz, Aufdruck groß,
Größe ☐ M ☐ L ☐ XL
____ Stück ILLEGALBLAU T-Shirt „Kein Mensch ist illegal“, blau, Aufdruck klein, Größe XL



T-Shirts

Kein Mensch ist illegal

Schwarz:

Größen M, L, XL

Aufdruck: Logo „Kein Mensch ist illegal“,
hinten groß oder vorne klein 120,- ATS

Dunkelblau:

Größe XL

Aufdruck: Logo „Kein Mensch ist illegal“,
vorne klein 120,- ATS

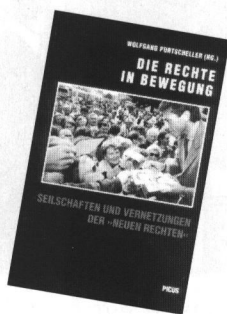
Bestellschein umseitig!

Das Abo-Geschenk

NeuabonentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



Ernst Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg** Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung



Wolfgang Purtscheller (Hg.): **Die Rechte in Bewegung** Seilschaften und Vernetzungen der „Neuen Rechten“

ZOOM Abo-Bedingungen

Das ZOOM-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (siehe Angebot auf dieser Seite). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich: 250,- ATS
Ausland: 350,- ATS
Übersee: 450,- ATS
Förderabo: 700,- ATS

Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

☐ Abonnement

Als Abo-Geschenk wähle ich folgendes Buch:

☐ Purtscheller: Die Rechte in Bewegung

☐ Lohoff: Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg

☐ Förderabonnement

☐ Probeabonnement

der Zeitschrift ZOOM ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

6,50 ATS
(innerhalb
Österreichs)

Datum

Unterschrift

AbsenderIn:

An das
Bureau No. 2
ZOOM-Vertrieb

Schottengasse 3a/1/4/59
A-1010 Wien

Medienkonferenz Linz 1999

Kurskorrekturen zur Kultur- und Medienpolitik

1. – 8. Mai 1999

VON MARTIN WASSERMAIR

Medienpolitik folgt in Österreich einzig der Logik ökonomischer Verwertung. Demgemäß orientiert sich auch die Medienentwicklung fast ausschließlich an den Richtwerten eines gewinnträchtigen Wettbewerbs. Um diesem gefährlichen Trend regulativen Einhalt zu gebieten, bedarf es zuallererst eines grundlegenden Umdenkens in der verantwortlichen Politik. Eines Paradigmenwechsels, der – vorerst noch punktuell – nun auch in das Weißbuch zur Reform der Kulturpolitik Eingang finden konnte. Damit hat die Kunstsektion im Bundeskanzleramt nicht zuletzt jener Forderung Rechnung getragen, die insbesondere aus dem Feld der sogenannten Freien Szene immer lauter wird: der Forderung nach einem kulturpolitischen Verständnis von Medienpolitik.

Ob im Bereich der Printmedien, der Freien Radios oder der Contentprovider beim Vordringen in die virtuelle Welt der digitalen Kommunikation – die österreichischen Kultur- und Medieninitiativen gehen immer selbstbewußter dazu über, das eigene Profil an den neuen Herausforderungen der Informationsgesellschaft auszurichten und deutlich Stellung zu beziehen. Mit einem Entwurf einer zivilgesellschaftlich gefaßten Medienlandschaft in vielfältiger Form, mit uneingeschränkter Meinungsfreiheit in lokaler Verankerung, mit der gleichberechtigten Akzeptanz kultureller und künstlerischer

Inhalte in freien und nicht-kommerziellen Medien.

Das Ineinandergreifen der Initiativen in den Bereichen Kultur und Medien hat sich überaus bewährt. An einem Beispiel wurde der Vorteil ganz konkret: Die enge Anbindung an die Interessenvertretungen im Kulturbereich stärkte die Freien Radios in der oftmals existenzgefährdenden Phase des Sendestarts, nun wird die Zusammenarbeit auch bei den Verhandlungen zur weiteren Konsolidierung fortgeführt. Demzufolge ist mittlerweile selbst auf höchster Ebene die Einsicht zu vernehmen, daß man die gesellschaftliche Funktion der Freien Radios bislang schlicht verkannte. Nämlich offene Zugänge zu schaffen und damit die Aktivierung von Beteiligung in einem selbstbestimmten Raum, der als drittes Standbein – neben dem ORF und den kommerziell ausgerichteten Privatstationen – das gegenwärtige Gefüge zu einem trialen Rundfunksystem erweitern soll. Dieses Modell sucht schließlich auf die immer tiefer greifende Sklerose demokratischer Öffentlichkeit heilsam einzuwirken, allerdings nicht blauäugig, denn man hat gerade von den Erfahrungen aus dem Bereich der alternativen Publizistik, aus der „lex Khol“ und ihren Auswirkungen auf das ohnehin viel zu gering dotierte Förderwesen, einiges gelernt.

Den zur Zeit aktuellsten Nachweis einer sinnvollen Verknüpfung kultureller Anliegen mit Aspekten der Me-

dienentwicklung bilden die programmatischen Akzente für das Aktionsgebiet des Cyberspace. NETZ.KULTUR.ÖSTERREICH nennt sich das aktuelle Positionspapier mit der Botschaft, daß man die gesellschaftliche Aufspaltung in „User“ und „Loser“, das Überhandnehmen von Machteliten und Desinformation, weder einfallslos noch tatenlos zur Kenntnis nehmen will. Doch um den vielschichtigen Implikationen neuer Technologien mit geeignetem Weitblick Rechnung tragen zu können, ist zuvor eine offensive Bewußtseinsbildung nötig. Der Erfahrungsschatz einer stetig steigenden Initiativenzahl an der Schnittstelle von Kunst, Kultur und Neuen Medien läßt jedenfalls jetzt schon ganz zentrale Schlüsse zu: Direkte Kommunikation, vernetzte Interaktion und damit der rege Austausch kultureller Inhalte, setzt ausreichende Bandbreite und offene Zugänge zu digitalen Netzwerken voraus. Aktive und an Inhalten orientierte Teilnahme ist einzig möglich, wenn hochqualitative Strukturen auch außerhalb der Ballungsräume zur Verfügung stehen. Die Perspektive, im virtuellen Raum kulturelle Handlungsfelder zu erschließen, mündet schließlich in der Forderung nach einem Cultural Backbone, nach sinnvoller Ausweitung bestehender Ressourcen und nach gezielter Vermittlung medialer Kompetenz.

Über dieser Ideensammlung zur Herausbildung einer Netzkultur in Österreich steht einmal mehr das zivilgesellschaftliche Prinzip der Selbstorganisation. Ein Ziel, das Kultur- und Medieninitiativen in Zukunft noch stärker aneinander bindet. Einen neuerlichen Höhepunkt bildet da-

her die Medienkonferenz in Linz. Ausschlaggebend ist dabei, auf sehr breiter Basis – im Sinne der Konstitution von Öffentlichkeit – die programmatischen Grundzüge jenes dritten Sektors deutlich aufzuzeigen, der sich durch die zunehmende Verschmelzung der Freien Szene immer deutlicher formiert. Eine Kombination aus Vorträgen und Arbeitskreisen verfolgt den Zweck, grundlegende Leitsätze für deren politische Handhabung zu formulieren. Die zentralen Aspekte: Schaffung öffentlicher Räume als Voraussetzung für Interaktion in Netzwerken und gesellschaftliche Kommunikation; Gesetzgebung, Förderrichtlinien und ihre Anwendung; Cultural Competence, Medienzugänge, Know-How-Vermittlung und nicht zuletzt das Nachdenken über die weiterführende Bündnisstrategie. Schließlich treten auf Initiative der OÖ. Gesellschaft für Kulturpolitik und des Forum Generandum erstmals der bundesweite Verband Freier Radios, die Virtuelle Plattform und die Vereinigung alternativer Zeitschriften mit der IG Kultur Österreich sowie der Kulturplattform OÖ gemeinsam auf. Mitgetragen werden die Zielsetzungen vom Renner Institut, der Grünen Bildungswerkstatt sowie von der Linzer Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung. Insgesamt also ein Fundament, das in seiner Zusammensetzung nicht nur dem Prinzip der Vernetzung Folge leistet, sondern vielleicht auch einen Hinweis darauf gibt, daß die Freie Szene mit ihren Kurskorrekturen zur Kultur- und Medienpolitik tatsächlich nachhaltige Wirkung zeigt.

Aktuelle Informationen:
<http://www.servus.at/GFK>

Kein mensch ist illegal

Die Wege in die Illegalität sind so vielfältig wie die Menschen selbst.

Die Auswirkungen zeigen jedoch gewisse Gemeinsamkeiten: Schutz- und Rechtlosigkeit gegenüber BeamtInnen, PolizistInnen, ArbeitgeberInnen und VermieterInnen, Schwierigkeiten

im Fall von Krankheit, Angst vor Kontrolle, Denunziation, Schubhaft und Abschiebung.

Flüchtlinge und MigrantInnen sind in Europa jetzt unerwünscht, obwohl die Ursachen für Flucht- und Migrationsbewegungen oft hier ihren Ursprung haben.

Ausgrenzung und rassistisch motivierte Diskriminierung sind für Illegalisierte täglich erlebbar. Menschen zu „Illegalen“ zu erklären und ihnen damit alle Rechte abzusprechen hat System: Die staatliche Illegalisierungspolitik schafft Menschen, die nicht existieren dürfen – trotzdem bleiben sie Menschen mit den damit untrennbar verbundenen Rechten.

Ziele der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ sind:

- das Konstrukt der Illegalität zu hinterfragen
- deren Auswirkungen auf das Leben Illegalisierter aufzuzeigen
- Menschenrechte für Illegalisierte einzufordern und
- Gegenöffentlichkeit zu einem negativ besetzten, emotionalisierten Thema zu schaffen.

Die Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ möchte politische Gruppen, NGOs und Einzelpersonen vernetzen und gemeinsam zur Diskussion anregen- denn Menschenrechte sind unteilbar.

Zur Umsetzung der Ziele der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ sind Informationsveranstaltungen, Broschüren, Plakatserien, Aufkleber, Radiospots, Homepage (<http://www.illegalisiert.at>), Forumtheater, etc. geplant.

Für neue Ideen ist die Kampagne offen. Wenn Sie oder Ihre Gruppe/Organisation eigenständige Projekte planen, können Sie gerne das Logo verwenden. Wir ersuchen Sie um Rückmeldung bei der Koordinationsstelle um ihre Veranstaltungen/Projekte verbreiten zu können.

Die Koordination durch die Deserteurs- und Flüchtlingsberatung sowie die Materialien werden für das erste halbe Jahr, bis Ende Juli 1999, im Rahmen des Menschenrechtsjahres von der Bundesregierung finanziert. Die Idee der Kampagne soll sich weiterentwickeln und auf Basis der UnterstützerInnen weiterbestehen.

Ich/Wir möchte/n die Kampagne „Kein Mensch ist illegal“

• unterstützen:

- ☐ Ich bin damit einverstanden, öffentlich als UnterstützerIn der Kampagne genannt zu werden.

• mitarbeiten/mit der Kampagne zusammenarbeiten:

- ☐ In die Kampagne eigene Projekte einbringen:
- ☐ Informationsveranstaltungen/Infostand zum Thema „Kein Mensch ist illegal“ organisieren

- ☐ Artikel, Veranstaltungsankündigungen,... in eigenen Medien verbreiten
- ☐ Medienkontakte herstellen zu:
- ☐ Aussendungen und Artikel übersetzen, Sprache/n:

-
- ☐ Mithilfe bei Versand, Bürotätigkeiten
 - ☐ Mitspielen beim Forumtheater
 - ☐ Mitarbeit bei der Konzeption/Layout der Broschüre
 - ☐ Mitarbeit bei Betreuung der Homepage
 - ☐ Mitarbeit bei Radiosendungen
 - ☐ Interviews/Radiosendungen über Illegalität für die Homepage transkribieren
 - ☐ An den Kampagnetreffen teilnehmen
(Termin unter Tel. 533 72 71)

• Informationsmaterial zugeschickt bekommen (kostenlos)

- ☐ Nähere Informationen über die Kampagne
- ☐ Protokolle der Kampagnetreffen
- ☐ Informationen über Neuigkeiten, Termine, Veranstaltungen von „Kein Mensch ist illegal“
- ☐ Plakatserie (Illegalisiert leben heißt...): _____ Stück
- ☐ Aufkleber (Logo „Kein Mensch ist illegal“) in verschiedenen Sprachen: _____ Stück
- ☐ Radiospots
- ☐ Weiterbestand der Kampagne finanziell unterstützen
(Kontonummer: 01010813847, BLZ: 14000)

Name: _____

Organisation: _____

Adresse, e-mail: _____

Tel: _____

Fax: _____

Die ZOOM-Redaktion bittet geeignete LeserInnen, diese Seite zu kopieren und **an folgende Adresse zu senden oder zu faxen:**

Kein Mensch ist illegal
Schottengasse 3a/1/4/59
1010 Wien

Fax: 01/532 74 16



Erklärung der ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung zum Krieg in Jugoslawien

Die Logik des Krieges durchbrechen!

Seit mehreren Wochen führt die NATO ihren ersten Krieg, für den Frieden den sie meint. Auch österreichische PolitikerInnen verkünden ihr Verständnis für diesen Militäreinsatz. Die politisch Verantwortlichen sprechen von humanitärer Hilfe, während die jugoslawische Armee den Terror gegen die albanische Bevölkerung im Kosov@ verstärkt. So wurden die aus Skenderaj und Glogovc (in Drenica) geflohenen BewohnerInnen in einem provisorischen Flüchtlingscamp von jugoslawischen Panzern umstellt, als Schutzschild benutzt und laufen Gefahr, beim ersten NATO-Angriff auf die dortigen jugoslawischen Einheiten, von NATO oder Serben ermordet zu werden. Weil die Grenzen nach Albanien vermint und die Grenzen nach Mazedonien wiederholt geschlossen wurden, sitzen zehntausende Kriegsflüchtlinge in der Falle, ohne Aussicht, der Barbarei entkommen zu können. Tatsächlich verhindern die Luftangriffe der NATO eine humanitäre Katastrophe nicht, sondern sie steigern das unermessliche Leid der betroffenen Zivilbevölkerung. Das Mittel der Gewalt hat zu einer enormen Wertsteigerung

von Milosevic und seiner Politik geführt, Feindbilder gefestigt und den Hass der Menschen verstärkt.

(K)eine Frage von Moral!

Jeder Krieg, auch der der NATO, hat nichts mit Humanität oder Bewahrung von Menschenrechten zu tun. Jeder Krieg folgt den eigenen Interessen. Europäische Staaten beteiligt sich an einer Machtpräsentation und versuchen bei der Bevölkerung ihr Gewaltmonopol zu legitimieren. Die Heuchelei der europäischen Scheinmoral zeigt sich auch in der Unterstützung der NATO für den Krieg ihres Mitgliedes gegen die Zivilbevölkerung in Türkisch-Kurdistan. Dort sind diplomatische und vor allem wirtschaftliche Interessen schon seit langer Zeit wichtiger als Vertreibung, Verfolgung, Folter und Tod. Soldaten bewachen das reiche Europa an den Grenzen und mit der Entscheidung für eine militärische Intervention entledigen sich die westlichen Demokratien, der politischen und menschlichen Verpflichtung, eine Verantwortung für die Flüchtlinge zu übernehmen.

Die ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung fordert

- das sofortige Ende der völkerrechtswidrigen Angriffe der NATO.
- die Regierungen Europas auf, ihre Grenzen sofort zu öffnen und Flüchtlingen, Kriegsopfern sowie Deserteuren politischen Schutz zu gewähren.
- die Beendigung der Repression, der militärischen Aggression und der Massaker gegen die Zivilbevölkerung und die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen durch die Kriegsparteien in Jugoslawien.
- alle am Krieg beteiligten Soldaten dazu auf, ihre Teilnahme an den Kriegshandlungen zu verweigern.

Gleichzeitig rufen wir dazu auf,
die unabhängigen Stimmen und Medien in Jugoslawien zu unterstützen.





Stoppt den Krieg in Jugoslawien!

Kein Krieg ist gerechtfertigt.

Kein Krieg verdient moralische Unterstützung.

Kein Krieg verdient Verständnis.

Kein Krieg ist gerechtfertigt, kein Krieg verdient moralische Unterstützung. Kein Krieg verdient Verständnis. Wer bombardiert, führt Krieg. Wer Menschen vertreibt, führt Krieg. Wer Krieg führt, bringt Menschen um. Wer Krieg führt, gibt Menschen dem Tod preis. Wer Krieg führt, schickt seine Mitmenschen in den Tod, die eigenen Staatsbürger genauso wie die Staatsbürger anderer Staaten. Wer Krieg führt, zerstört den Lebensraum.

Wir haben die Bilder der Konzentrationslager gesehen, wir haben die Bilder der Toten und der zerstörten Städte und Landstriche der beiden Weltkriege gesehen, in Büchern, bei Ausstellungen und bei Gedächtnisfeiern. Wir wissen, auf welchem Grundkonsens die Zweite Republik und das Nachkriegseuropa beruhen: Nie wieder Rassismus! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Wir haben die Bilder der Kriege nach 1945 außerhalb Europas gesehen. Wir haben Gründe und Begründungen für diese Kriege gehört und wir haben ihre Ergebnisse gesehen. Vor jedem dieser Kriege hat es Möglichkeiten zur politischen Prävention gegeben, vor jedem dieser Kriege sind alle diese Möglichkeiten nicht ergriffen worden, um Aggressoren und militärischen Entwicklungen jede Aussicht auf Erfolg zu nehmen.

Wir fordern die Einstellung aller Kampfhandlungen. Wir fordern die Einstellung der Bombardierungen durch die NATO. Wir fordern den Rückzug der jugoslawischen Armee aus dem Kosovo. Wir fordern den Einsatz der UNO. Wir fordern die Anerkennung der völkerrechtlichen Oberhoheit der Vereinten Nationen. Wir fordern die Einhaltung der Menschenrechte durch die NATO und die jugoslawische Regierung. Wir fordern die Wiederaufnahme der Verhandlungen unter der Verhandlungsführung Russlands. Wir fordern die ungehinderte Rückkehr der Kosovo-Albaner in den Kosovo. Wir fordern europaweit koordinierte Hilfsmaßnahmen für die Opfer beider Seiten. Wir fordern ein klares Bekenntnis der Europäischen Union zu ihrer friedensstiftenden Funktion in Europa. Wir fordern die Einstellung der propagandistischen Berichterstattung in unseren Medien und die Zulassung einer oppositionellen Öffentlichkeit in Jugoslawien. Wir fordern die Ächtung von militärischen Mitteln zur Konfliktlösung. Wir fordern die strikte Einhaltung der österreichischen Neutralität.

Stoppt den Krieg in Jugoslawien!

Name	Adresse	Datum	Unterschrift

Dieser Aufruf wurde von Wilfried Graf (Grüne Bildungswerkstatt, Friedenszentrum Schlaining), Hannes Hofbauer (Verleger) und Gerhard Ruiss (IG Autoren) initiiert.

Bitte weiterverbreiten!

Zurück an Gerhard Ruiss, Seidengasse 13, 1070 Wien, Fax: 01-526 20 44-55,
oder an planet, Lindengasse 13, 1070 Wien, Fax: 01526 91 15

